

**DIESE WOCHEN** - Nationalrat Philipp Müller kämpft unentwegt für die Baunormen-Harmonisierung. **3**

**WIRTSCHAFT & POLITIK** - SP-Steuerharmonisierungs-Initiative würde dem Wirtschaftsstandort Schweiz schaden. **6**

**SERVICE & BERATUNG** - Kaffeemaschinen müssen nicht immer unersättliche Stromfresser sein. **10**

# SCHWEIZERISCHE Gewerbezeitung

AZA 3001 Bern

DIE WOCHENZEITUNG FÜR KMU

## DIE MEINUNG



Hans-Ulrich Bigler,  
Direktor Schweizerischer  
Gewerbeverband sgv

## Die Perlen der KMU-Wirtschaft

Unser Land zählt über eine Viertelmillion Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) mit weniger als 50 Mitarbeitenden. Viele davon sind Familienbetriebe. In den meisten arbeiten Ehefrauen oder Partnerinnen mit, sei es im Kundendienst, im Personalwesen oder in der Administration ganz allgemein.

«Ich helfe ein wenig mit», ist allzu oft die bescheidene Umschreibung dieser Tätigkeiten. Fakt ist, dass ohne diese «Mithilfe» zahlreiche KMU gar nicht existieren könnten. Fakt ist, dass die wirtschaftliche Bedeutung der Frauenarbeit in einer breiten Öffentlichkeit viel zu wenig zur Kenntnis genommen wird. Und Fakt ist auch, dass Frauen in vielen KMU-Unternehmungen Schlüsselstellungen einnehmen.

Was ist also zu tun? Braucht es Frauenquoten, Förderprogramme oder gar eine Neulancierung der Gleichberechtigungsdiskussion? Die wenigsten der unzähligen aktiven KMU-Frauen landauf, landab wollen davon etwas wissen. Ihrem unternehmerischen Denken folgend, stärken unsere KMU-Frauen ihre wichtige Rolle über eigene Netzwerke und pflegen den Erfahrungsaustausch. Verbandsintern arbeitet der Schweizerische Gewerbeverband sgv intensiv am «validation des acquis»: Diese Validierung von Bildungsleistungen ermöglicht es, in einem strukturierten Verfahren unterschiedlichste Bildungsleistungen zu erfassen, die beruflichen Handlungskompetenzen zu bescheinigen und einen formalen Abschluss zu erlangen. Nur schon ein Blick in unsere Adressdatei beweist es zudem eindrücklich: Nebst Familie, Kindern und Betrieb engagieren sich die KMU-Frauen vielfach auch noch in der Politik, in Verbandschancen, in Kommissionen, aber auch im Sozialbereich, in Dorfvereinen oder anderen Vereinigungen im Umfeld ihres Tätigkeitsbereichs – vielfach im Milizprinzip und fast immer, ohne von ihren unverzichtbaren Einsätzen ein grosses Aufheben zu machen.

Diese Leistung verdient Respekt und Anerkennung und ich ziehe den Hut vor all den Tausenden von Frauen, die heute ganz selbstverständlich – sei es als mitarbeitende Ehefrau im Familienbetrieb, sei es als selbständige Unternehmensleiterin eines KMU, aber auch als Hausfrau bei den Kindern – in unserem Land aktiv an vorderster Front im stetigen Kampf um den Erhalt der KMU-Wirtschaft und um deren beste Rahmenbedingungen mittun. Sie sind die Perlen der KMU-Wirtschaft, wissend, dass dieses stetige Ringen ohne sie kaum zu bewältigen wäre.

**INVALIDENVERSICHERUNG** - Gewerbeverband, economiesuisse und Arbeitgeberverband fordern gemeinsam Nachhaltigkeit in der Finanzierung.

## Schuldenbremse auch für IV

Die IV erwirtschaftet jedes Jahr ein Defizit von über einer Milliarde Franken. Ihre Schulden gegenüber der AHV sind laut dem Bundesamt für Sozialversicherungen mittlerweile auf fast 14 Milliarden Franken gestiegen. Vor diesem Hintergrund ist die Einführung einer Nachhaltigkeitsregel nach dem Vorbild der bewährten Schuldenbremse nötig, finden die grossen Wirtschaftsverbände der Schweiz. Dazu haben der Schweizerische Gewerbeverband sgv, economiesuisse und der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) im Rahmen der Vernehmlassung zur IV-Revision 6b einen gemeinsamen Vorschlag ausgearbeitet.

### Paradigmenwechsel

Der Anstoss für den gemeinsamen Auftritt der drei Dachverbände ging vom sgv aus. «Wir freuen uns über die Zusammenarbeit mit unseren Partnerverbänden», sagt sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler, «weil dadurch eine klare Linie im Sinne der vom sgv bereits im Frühjahr 2009 verabschiedeten Resolution «Sichere und finanzierbare Sozialwerke» sichergestellt ist.» Damals hatte der sgv einen Paradigmenwechsel in den Sozialwerken verlangt, indem die Leistungen ausschliesslich an die zur Verfügung stehenden Finanzen anzupassen seien.

In einem gemeinsamen Brief an Sozialminister Didier Burkhalter fordern economiesuisse-Direktor Pascal Gentetta, Arbeitgeberdirektor Thomas Daum und sgv-Direktor Bigler nun eben dies: Der Gedanke der Schuldenbremse soll auf die Invalidenversicherung übertragen werden. Die Schweiz setzt die Schuldenbremse seit dem Jahr 2003 in der Finanzpolitik erfolgreich ein. Diese hat deshalb auch im Ausland Vorbildcharakter. «Nun gilt es, dieses erfolgreiche Instrument auf zusätzliche Bereiche auszuweiten», halten die Initianten in



Die Invalidenversicherung vor dem Absturz bewahren: Dies ist das Ziel des gemeinsamen Vorgehens der drei Wirtschaftsdachverbände zur Einführung der Schuldenbremse in der IV.

einer gemeinsamen Medienmitteilung fest. Insbesondere im Sozialversicherungsbereich herrsche grosser Handlungsbedarf. So gingen die aktuellen Prognosen bei der Invalidenversicherung (IV) von einem anhaltenden, strukturellen Defizit aus. Könne dieser Trend nicht gestoppt werden, so

wird der IV-Fonds «innerhalb weniger Jahre» aufgebraucht sein.

### Frühere Korrektur statt drastische Massnahmen

Das Zeitfenster der Zusatzfinanzierung durch die Mehrwertsteuererhöhung in den Jahren von 2011 bis 2018 müsse deshalb dazu genutzt werden, um mit der 6. IV-Revision die Versicherung zu sanieren und ihr finanzielles Gleichgewicht danach durch eine Nachhaltigkeitsregel im Sinne der Schuldenbremse sicherzustellen. Die Nachhaltigkeitsregel solle die nötigen Massnahmen bei Unterschreiten gewisser Schwellenwerte automatisch einleiten. Diese Massnahmen müssten sich an den vorhandenen Mitteln orientieren. «Je früher solche Korrekturen greifen, umso weniger drastisch müssen sie ausfallen.»

Der sgv, der SAV und economiesuisse haben einen gemeinsamen Vorschlag für einen solchen Interventionsmechanismus ausgearbeitet. Dieser zielt, im Gegensatz zu den vom Bundesrat vorgeschlagenen Varianten, auf eine ausschliesslich ausgabenorientierte Intervention ab. Statt starrer Rentenkürzungen sieht der gemeinsame Vorschlag vor, dass die allfälligen Rentenanpassungen sich nach dem jeweiligen Defizit richten. «Auf diese Weise kann – im Unterschied zu den Vorschlägen des Bundesrats – auch ein Übersteuern der Massnahme verhindert werden.» Dieser Mechanismus ist der Kernpunkt des gemeinsamen Vorschlags der Wirtschaft, der den Geist der Schuldenbremse auf die Invalidenversicherung übertragen will. En/pd

**BILLAG** - Jährliche Abrechnung der Radio- und TV-Gebühren spart Kosten. Diese Einsparungen müssen den Gebührenzahlern zugute kommen, fordert der Gewerbeverband.

## Hartnäckigkeit lohnt sich

Der Druck des Schweizerischen Gewerbeverbandes sgv in Sachen Billag-Gebühren trägt erste Früchte. Ab 2011 flattert die Billag-Rechnung nur noch einmal statt viermal jährlich ins Haus. Damit sollen zwischen neun und zehn Millionen Franken eingespart werden können. Geht es nach dem Willen des abtretenden Medienmi-

nisters Moritz Leuenberger, so fliesst das so gesparte Geld jedoch nicht an die Gebührenzahler zurück, sondern kommt der SRG zugute. Damit und mit der Lockerung des Werbeverbotes werde eine von der SRG geforderte Gebührenerhöhung zumindest teilweise kompensiert, behauptet das Uvek.

### Dürftiges Abschiedsgeschenk

Mit der Umstellung auf Jahresrechnungen ist das Departement Leuenberger zumindest auf eine der zahlreichen Forderungen eingegangen, die der sgv im Namen der rund 300 000 Gewerbetreibenden erhoben hat. Doch für Patrik Kneubühl, Politischer Sekretär des sgv, ist dies nicht genug: «Leuenbergers Abschiedsgeschenk ist mehr als dürftig.» Der sgv kritisiert weiterhin, dass die meisten Gewerbetreibenden zweimal für die gleiche Leistung zur Kasse gebeten werden, einmal als Privatperson, einmal als KMU. «Es bleibt dabei», so Kneubühl, «ein KMU kann weder Radio hören noch TV schauen.»

Der sgv hat deshalb im Frühling 2010 in National- und Ständerat über verschiedene Parlamentarier aus allen bürgerlichen Parteien vier Gewerbetreibungen deponiert, welche diesen Missstand beheben sollen. Die Motionen dürften zusammen mit der

vom Nationalrat in der letzten Session beschlossenen geräteunabhängigen Mediensteuer demnächst im Ständerat behandelt werden.

### Einzelne Überreaktion

Das Parlamentarier-Rating des sgv in Sachen Billag (sgz vom 8. Oktober) hat inzwischen in Solothurn für Aufregung gesorgt. Die kantonale SVP bezichtigte zwei Solothurner Nationalräte des «Verrats» und empfahl sie zur Abwahl. Dazu sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler: «Der sgv will sich nicht in eine parteipolitisch motivierte Auseinandersetzung einmischen. Die Aufforderung zur Abwahl von amtierenden Parlamentariern halten wir allerdings für eine klare Überreaktion.» Die Aussage des sgv laute jedoch nach wie vor: «Wer für eine neue Mediensteuer stimmt und damit die KMU zusätzlich belastet, schadet dem Gewerbe.»

En/pd



# Schädigt Kantone, erhöht Steuern!

Die SP-Steuerinitiative ist ein Angriff auf die Eigenständigkeit der Kantone und Gemeinden. Sie können ihre Steuern nicht mehr selber festlegen. Unnötige Steuererhöhungen für alle sind die Folge. Das schwächt die Schweiz.

28. November  
SP-Steuerinitiative

# NEIN

## APROPOS

Zahlungsfristen:  
EU folgt der Schweiz

Europa stellt sich dem Kampf gegen den Zahlungsverzug: Bei Aufträgen der öffentlichen Hand sollen künftig Zahlungsfristen von 30 Tagen gelten. Ausnahmen von bis zu 60 Tagen sollen nur noch im Gesundheitswesen möglich sein. Längere Zahlungsfristen als 60 Tage sollen öffentliche Stellen in keinem Fall in Anspruch nehmen dürfen. Erhöht werden sollen die Verzugszinsen, und zwar auf acht Prozent. Für Mahnungen sollen Unternehmen künftig eine Entschädigung von 40 Euro in Rechnung stellen dürfen. Die Zustimmung des EU-Parlaments vorausgesetzt, werden die neuen Regelungen ab 2013 gelten.

Die EU hinkt damit der Schweiz hinterher: Hier gilt seit dem 1. Januar 2010 im Baubereich des Bundes eine Zahlungsfrist von maximal 30 Tagen. Werner Messmer, FDP-Nationalrat und Präsident des Schweizerischen Baumeisterverbandes SBV, hatte die neue Regelung im vergangenen Winter als «Meilenstein für die Bauwirtschaft» bezeichnet. Die auf Anfang Jahr erlassenen Weisungen des Bundes gehen auf eine Motion des Obwaldner SVP-Nationalrats Christoph von Rotz zurück und gelten für das Bundesamt für Bauten und Logistik, die armasuisse, den ETH-Rat, das Bundesamt für Strassen sowie das Bundesamt für Verkehr. Empfohlen wurde die Zahlungsfrist von 30 Tagen auch der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz, dem Schweizerischen Gemeindeverband und dem Schweizerischen Städteverband, der Post, den SBB und der Alptransit Gotthard AG.

## Guter Autoherbst

Dass die Krise definitiv überwunden ist, zeigen die neusten Zahlen der Neuwagenverkäufe. Auch im abgelaufenen September liegen sie über dem Vorjahresmonat: Importeure und Händler konnten ein Plus von 5,3 Prozent oder 1117 Fahrzeugen verbuchen. Kumuliert von Januar bis September ergibt dies eine Zunahme von 9,9 Prozent bzw. 19506 Autos. «Die Basis für einen guten Autoherbst ist gelegt», konstatiert auto-schweiz-Direktor Andreas Burgener. Jetzt käme nämlich der Verkaufseffekt der zahlreichen regionalen und lokalen Autoshow hinzu. «Dies macht uns zuversichtlich für einen starken Spurt zu einem sehr guten Jahresergebnis für 2010», freut sich Burgener. Bei den Nutzfahrzeugen kann auto-schweiz mit ähnlich guten Zahlen aufwarten: Die leichten Nutzfahrzeuge konnten im September ein Ablieferungsplus von 7,3 Prozent (kumuliert 9,3 Prozent) verzeichnen und der Auftragseingang bei den schweren Nutzfahrzeugen nahm um 9,8 Prozent (kumuliert 11,1 Prozent) zu.

## NEUES VOM AMTSCHIMMEL

## KERNTHEMA



## REGULIERUNG

Wie Bürokratie zuschlagen kann, demonstriert derzeit die Stadt Winterthur: Ende Oktober müssen die Wirte in der Eulachstadt die Bestuhlung vor den Lokalen wegräumen, weil die Sommerbewilligung für Gartenwirtschaften ausläuft. Gäste, die draussen rauchen, müssen dann zwangsläufig die Zigaretten auf dem Boden ausdrücken – ohne Tisch gibt es nämlich keine Aschenbecher. Nur wer für den Winter eine Gartenwirtschaftsbewilligung gelöst hat, darf laut der Zeitung «Landbote» ein Tischchen mit einem Aschenbecher aufstellen. Tatsächlich würden einige Gastrobetriebe in der Altstadt eine solche Bewilligung lösen, um an sonnigen Tagen auf einem 1,5 Meter breiten Streifen vor dem Lokal Tische aufstellen zu können. Doch nach Mitternacht müssen diese weggeräumt sein. Eine weitere Alternative wäre ein Aschenbecher mit Wandhalterung. Eine Winterbewilligung für die Gartenbeiz wäre dafür zwar nicht nötig, dafür aber eine Baubewilligung. Frank Büchi von der Wirtschaftspolizei findet den Irrsinn gar nicht so irrsinnig und rät den Rauchern, den nächstgelegenen öffentlichen Mülleimer zu benutzen...

PHILIPP MÜLLER – Der Aargauer Nationalrat und Bauunternehmer will mit einer Motion das Baurecht in der Schweiz vereinheitlichen. Vorerst vertraut er aber auf die Vernunft der Kantone.

## «Es braucht mehr Druck»

**Gewerbezeitung:** Tragen Sie mit dem Harmonisierungsvorstoss nicht Holz in den Wald? Die Kantone sind ja daran, ein entsprechendes Konkordat zu schaffen.

■ **Nationalrat Philipp Müller:** Dieses Konkordat ist ja das Ergebnis meiner Parlamentarischen Initiative, die ich im Oktober 2004 eingereicht habe. Weil die zuständigen Kommissionen sowohl des Nationalrates als auch des Ständerates zugestimmt haben, ist erheblicher politischer Druck erzeugt worden. Dieser hat dazu geführt, dass die interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe entstanden ist. In Kraft ist sie aber noch nicht.

**Warum diese Verzögerung?**

■ Bis heute sind die Kantone Aargau, Baselland, Bern, Fribourg und Graubünden dem Konkordat beigetreten. Für das Inkrafttreten braucht es aber mindestens sechs Kantone. Schaffhausen wird per 1. Januar 2011 ebenfalls noch beitreten, zudem der Kanton Thurgau auf Anfang 2012. Damit ist ein erstes Ziel meiner Parlamentarischen Initiative erreicht.

**Nochmals: Wozu braucht es dann noch die Motion?**

■ Um den politischen Druck weiterhin aufrecht zu erhalten. Die Motion und ein gleichlautender Vorstoss von Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer wurde ja von insgesamt 192 Nationalratsmitgliedern unterzeichnet. Am 22. September 2010 hat nun der Nationalrat mit lediglich drei Gegenstimmen diesen Motionen zugestimmt. Damit wird der Druck auf einen Beitritt zum Konkordat nochmals erhöht. Es wäre ein völlig falsches Signal gewesen, wenn das Parlament die Vorstösse abgelehnt hätte mit der Begründung, es bestehe ja bereits ein Konkordat. Es ist doch klar, dass möglichst viele – am besten alle – Kantone die formelle Bauharmonisierung einführen sollten.

**«ICH MÖCHTE BETONEN, DASS NICHT BEABSICHTIGT IST, EINE MATERIELLE HARMONISIERUNG EINZUFÜHREN»**

**Sie sprechen von «enormem Leidensdruck». Können Sie uns konkrete Beispiele nennen?**

■ Es kann doch nicht sein, dass ich, wenn ich ein Gebäude in meiner Heimatgemeinde Reinach baue und das genau gleiche Gebäude etwa fünf bis sechs Kilometer weiter – im Kanton Luzern – erstellen will, eine komplett neue Planung mit den entsprechenden höheren Kosten vornehmen muss, weil am anderen Ort eine andere Baunormierung gilt. Da wird die Ausnutzungsziffer unterschiedlich berechnet, die Innenraumhöhe wird anders definiert, die Gebäudehöhe wird ebenfalls unterschiedlich definiert, bei der Dachgestaltung gibt es völlig andere Vorschriften, und trotzdem sind es letztlich die genau gleichen Wohnungen.

**Sie können doch den Kantonen und Gemeinden beispielsweise nicht einheitlich vorschreiben, wie**



Philipp Müller politisiert hartnäckig: Die Harmonisierung im Bauwesen will er notfalls mit einem neuen Gesetz und den nötigen Verfassungsänderungen durchboxen.

**hoch ein Gebäude sein darf. Wird damit nicht eines der wichtigsten Grundprinzipien unseres Systems – der Föderalismus – noch weiter geschwächt?**

■ Nein! Ich möchte betonen, dass nicht beabsichtigt ist, eine materielle Harmonisierung einzuführen. Nach wie vor, also auch nach der Umsetzung der Motionen oder des Konkordats, kann jeder Kanton hinsichtlich Gebäudeabständen und Gebäudehöhen seine eigenen materiellen Vorschriften machen. Es soll aber eine einheitliche Berechnungs- und Begriffsweise eingeführt werden. Wenn zwei Architekten miteinander telefonieren, meinestwegen beispielsweise einer aus dem Kanton Zug und einer aus dem Kanton Luzern, soll der eine wissen, was der andere meint, wenn dieser von der Ausnutzungsziffer, von Energiewerten, von Gebäudehöhen spricht. Gebäudehöhe, was heisst das? Man kann nicht einfach sagen: Das ist die Höhe vom Boden bis zur Decke. So einfach geht es eben nicht, es ist sehr unterschiedlich geregelt. Heute herrscht eine sprichwörtliche babylonische Sprachverwirrung.

**«IN DER SCHWEIZ WIRD DIE GEBÄUDEHÖHE 26 MAL UNTERSCHIEDLICH DEFINIERT UND ES GIBT RUND 2000 VERSIONEN DER DREIGESCHOSSIGEN WOHNZONE»**

**Wie soll die von Ihnen angestrebte Reform konkret aussehen?**

■ Das Baurecht ist in der Schweiz kantonal und kommunal geregelt. Das führt zu teilweise absurden Situationen. So wird beispielsweise in der Schweiz die Gebäudehöhe 26 Mal unterschiedlich definiert, es gibt rund 2000 Versionen der dreigeschossigen Wohnzone, und das trotz über 140000 Gesetzes- und Verordnungsartikel im Planungs- und Bauwesen. Damit müssen wir aufhören, also braucht es entweder ein Konkordat, dem alle Kantone, oder zumindest die meisten,

beitreten oder dann kommt letztlich ein Bundesbaugesetz.

**Sie möchten also ein neues Bundesbaugesetz und notfalls auch die dafür nötigen Verfassungsänderungen. Ist das für helvetische Verhältnisse nicht ein zu grosser Brocken?**

■ Mag sein, aber die Kantone haben es nun selber in der Hand. Wem ein Berg im Wege steht, der sollte sich daran machen, ihn zu besteigen. Ein praktisches und erfolgreiches Beispiel ist die Vereinheitlichung der Begriffe und Messvorschriften nach dem Baugesetz des Kantons Aargau mit seiner «Allgemeinen Verordnung zum Baugesetz». Sie hat zu einer erheblichen Entschlackung und Deregulierung der kommunalen Bauordnungen geführt.

**«WEM EIN BERG IM WEGE STEHT, DER SOLLTE SICH DARAN MACHEN, IHN ZU BESTEIGEN»**

**Welche handfesten Vorteile versprechen Sie sich von der Harmonisierung des Baurechts?**

■ Eine von der Kommission für Technologie und Innovation im Jahr 1998 in Auftrag gegebene Studie – «Kostensenkungen bei Planungs-, Projektierungs- und Baubewilligungsverfahren» – hat folgende Baumehrkosten errechnet, die als Folge der heutigen Regelvielfalt entstehen: ein Mehraufwand für die Einarbeitung in die Gesetzgebung und Praxis eines anderen Kantons bei gesamtschweizerisch tätigen Bauunternehmungen von 5 bis 10 Prozent des gesamten Planungsaufwandes. Rationalisierungsverluste durch unterschiedliche Baugesetze und erschwerte Standardisierung sowie Industrialisierung des Bauens von 10 bis 15 Prozent der Baukosten. Die gesamtschweizerischen Kosten dieser sachlich nicht begründbaren Regelvielfalt werden auf 2,4 bis 6 Milliarden Franken pro Jahr geschätzt. Wenn auch nur die Hälfte davon stimmt, ist das Grund genug zu handeln.

**Der Bundesrat lehnt Ihre Motion ab und hofft, dass sie spätestens im Ständerat versenkt wird.**

■ Der Bundesrat verlässt sich eben darauf, dass alle Kantone das Konkordat unterzeichnen. Immerhin hat Bundesrat Leuenberger in der Debatte vom September 2010 anerkannt, dass das Anliegen «sehr berechtigt» sei.

**«DIE GESAMTSCHWEIZERISCHEN KOSTEN DER REGULINGSVIELFALT WERDEN AUF 2,4 BIS 6 MILLIARDEN FRANKEN PRO JAHR GESCHÄTZT»**

**Glauben Sie, dass Sie für Ihr Anliegen im Parlament Verbündete finden? In welchen Lagern?**

■ Hier geht es nicht um ein Anliegen, das man primär als politisch oder links-rechts-schematisch bezeichnen kann. Es ist ein Anliegen, das eigentlich pragmatisch ist und auch entsprechend unpolitisch gelöst werden sollte. Entsprechend haben denn im Nationalrat im vergangenen September sämtliche Parteien die Motionen unterstützt. Und wenn es mit dem Konkordat nicht vorwärts geht, wird auch der Ständerat mitmachen. Immerhin hat ja die Urek des Ständerates auch meiner Parlamentarischen Initiative Folge gegeben und damit das Anliegen im Kern bejaht.

Interview: Patrick M. Lucca

## ZUR PERSON

Der 58-jährige Aargauer FDP-Politiker Philipp Müller ist der breiten Öffentlichkeit vorab als Experte für Ausländer- und Finanzfragen bekannt. Der gelernte Gipser, der den elterlichen Handwerksbetrieb zu einem erfolgreichen Generalunternehmen gemacht hat, befasst sich aber auch intensiv mit den Problemen der Baubranche. Der Reinacher sitzt seit 2003 im Nationalrat und wird 2011 wieder kandidieren.

## IMPRESSUM

**Herausgeber/Verlag:** Schweizerischer Gewerbeverband sgv Schwarztörstrasse 26, Postfach, 3001 Bern  
Tel. 031 380 14 14 – verlag@sgv-usam.ch – www.sgv-usam.ch  
**Herausgeber:** Hans-Ulrich Bigler, Direktor – **Verlagsleiter:** Urs Wyler

**Kommunikation/Redaktion:** Ruedi Christen, Leitung Patrick M. Lucca, Chefredaktor – Gerhard Enggist, Stv. Chefredaktor Matthias Engel, Redaktor – Raphael Suter, Webmaster redaktion@sgv-usam.ch – Tel. 031 380 14 14

**Anzeigen:** Publicitas Publimag AG, Seilerstrasse 8 – Postfach, 3001 Bern – Tel. 031 387 22 11 – service.be@publimag.ch – **Leitung:** Alfred Blaser  
**Herstellung:** St. Galler Tagblatt AG – **Auflage:** 108 536 Exemplare (WEMF-Beglaubigung 2010). Der Abonnementspreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen

**VERKEHRSPOLITIK** – Die Schweiz könnte in Sachen Strassenrechnung von der EU einiges lernen. Die Transporteure fordern nun gleich lange Spiesse.

# Fairness statt Trickkiste?



Die Schweizer Transporteure wollen keine Privilegien, sondern die Gleichstellung mit ihren EU-Kollegen.

Der Bund hat letzte Woche, zum letzten Mal unter der Ägide von Moritz Leuenberger, seine neusten Zahlenspiele zu den externen Kosten des Schwerverkehrs veröffentlicht. Und sind dabei einmal mehr nicht vor dem illegalen Griff in die Trickkiste der Statistik zu fiskalpolitischen Zwecken zurückgeschreckt. Klarheit und Fairness bewies hingegen der Verkehrsministerrat der Europäischen Union, der die Eurovignetten-Richtlinie verabschiedete. Darin wird die Anlastung der Kosten für den Strassentransport ohne Wenn und Aber geregelt; die umstrittenen Staukosten werden nur am Rande einbezogen.

## Für «Harmonisierung»

«Die EU-hörige Beamtenschar in der Schweiz, die ansonsten auch immer gleich eine «Harmonisierung» im Gleichschritt mit Brüssel anstrebt, wäre für einmal zu einem raschen Nachvollzug aufgefordert», meinte dazu Michael Gehrken, Direktor des

Nutzfahrzeugverbandes Astag. Die Eurovignetten-Richtlinie 1999/62/EG verpflichtet den Schwerverkehr, zusätzlich zu den Infrastrukturkosten auch die externen Kosten zu tragen. Auf den generellen Einbezug von Staukosten wurde – im Gegensatz zur Schweizer Regelung – weitestgehend verzichtet. Dies erfolgte im Einklang mit einer Empfehlung des Wissenschaftlichen Beirats für Verkehr beim bundesdeutschen Verkehrsministerium. Dieses international wohl renommierteste Expertengremium in Verkehrsfragen spricht Klartext: «Gebühren für die Inanspruchnahme der Infrastruktur sollen nicht mit der Internalisierung externer Umweltkosten verwoben werden.»

## Gleichstellung mit der EU

In der Schweiz hingegen hat das Bundesgericht in seinem auf falschen Grundlagen beruhenden Urteil zur Erhöhung der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) von

## GOTTHARD: ASTAG WILL ZWEITE TUNNELRÖHRE

Die Astag konnte letzte Woche die Euphorie über den Durchstich im NEAT-Basistunnel am Gotthard nicht vorbehaltlos teilen. «Zu sehr wurden die Transportunternehmen, Verlager und Konsumenten für die Finanzierung mit Abgaben belastet und teilweise sogar ruiniert», betonte Direktor Michael Gehrken. Etwas Freude habe jedoch geherrscht, weil die Milliardenbeträge aus der Mineralölsteuer und der Schwerverkehrsabgabe jetzt schon bald für

Strassenzwecke verwendet werden können. Gehrken forderte, dass die Tunnelbauer jetzt sofort eine Etage höher mit den Bohrarbeiten für eine zweite Strassenröhre beginnen müssten und dort ihre beeindruckenden Leistungen erneut unter Beweis stellen. «Wenigstens dieses Bauwerk würde einem Bedürfnis der Verkehrsbenutzer entsprechen und vor allem den wichtigen Landesteil Tessin sicherer an die Schweiz anbinden», hielt Gehrken fest.

2008 entschieden, dass die Stauzeitkosten ebenfalls als externe Kosten zu betrachten sind. Auch das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) rechnet in einer letzte Woche publizierten Studie die Staukosten weiterhin mit ein. «Damit soll «bewiesen» werden, dass der Strassentransport noch immer zu wenig Geld an den

Fiskus abliefern», ärgert sich Gehrken. Entsprechend fordert er nachdrücklich, die Gleichstellung der Schweizer Spediteure mit ihren EU-Konkurrenten. «Es ist nicht einsehbar, weshalb hier kostentreibende Abweichungen zur Anwendung kommen sollen, wenn Gewerbe und Steuerzahler einmal profitieren könnten.» *Gst*

**NACHHALTIGKEIT** – Der Schweizerische Pelzfachverband SwissFur vermarktet heimische Felle.

# Modischer Herbst mit Schweizer Rotfuchs

SwissFur ist in den Herbst erneut mit einer modischen Kollektion aus Schweizer Rotfuchs gestartet. Diesmal werden unter dem Label «SwissRed-Fox» Ideen der Schülerinnen der Berner Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule BFF umgesetzt. Dabei wird einmal mehr der Beweis erbracht, dass sich der einheimische Rotfuchs für edle Pelzprodukte eignet.

Die pfiffigen BFF-Designerinnen liessen ihrer Kreativität freien Lauf. Sie nehmen gekonnt den Retrolook auf; die Modelle sind jung und lässig, ausgeflippt und doch für den täglichen, stilvollen Gebrauch gedacht. SwissFur folgt dem Modetrend des nächsten Winters vorab mit Gilets und Jacken in mehreren Verarbeitungsvarianten – ob in Streifen geschnitten,



Junge und flippige Mode aus Schweizer Fellen (Rotfuchs geschoren): Ein Modell aus der diesjährigen «Berner Kollektion».

längs oder quer verarbeitet mit Leder integriert, naturell, gefärbt, mehrfarbig oder kombiniert mit Ledergürtel.

## Alternative zum Verbrennen

Um einen gesunden Fuchsbestand und das natürliche Gleichgewicht zu wahren, werden in der Schweiz jährlich rund 40 000 Rotfüchse erlegt. Statt die Felle ungenutzt zu verbrennen,

setzen sich Fachleute von SwissFur ein, diese als einheimische Alternative für modische Zwecke zu nutzen. Die Kreationen und die Accessoires können bequem online bestellt werden auf der überarbeiteten und neu gestalteten Verbandswebsite. *pd*

## LINK

[www.swissfur.ch/shop](http://www.swissfur.ch/shop)

## KONSEQUENTES EINSTEHEN FÜR ETHIK

SwissFur ist ein Zusammenschluss von Schweizer Pelzfachgeschäften und Kürschnern. Der Verband trägt dazu bei, anfallende Felle einer sinnvollen, kunsthandwerklichen Nutzung zuzuführen und diese zu fördern. Der anerkannte Beruf Bekleidungsgestalter/-in – Fachrichtungen «Kürschnerie» und «Pelznähen» – wird durch SwissFur gefördert; die Lernenden werden

durch die Kürschnerhandwerker ausgebildet. Der Verband unterhält eine aktive Arbeitsgruppe «Ethik» und informiert sich regelmässig vor Ort über den Rohstoff «Fell». Verbandsmitglieder sollen den Sinn der natürlichen Ressourcen und deren ethisch vertretbare Verwendung kennen sowie für entsprechende Themen sensibilisiert werden.

## AUS DEN VERBÄNDEN

### Schamloser Schwindel

Viele KMU haben in den letzten Wochen eine Rechnung über 113 Franken erhalten – «für Publikation im offiziellen Schweizerischen Firmenverzeichnis». Das Schreiben mit dem Bundeswappen sieht aus, als käme es von der Bundesverwaltung. Der Absender klingt ebenfalls offiziell: «Firmenportal Schweiz, Abteilung für Kommunikation und Registration». Das Ganze ist gemäss dem Magazin «K-Tipp» ein übler Schwindel: Ein «offizielles Schweizerisches Firmenverzeichnis» gibt es nämlich gar nicht. Hinter dieser schamlosen Abzockerei stehe ein gewisser Thomas Kunz aus Riedholz SO. Seine Masche ist nicht neu: Er erweckt bei den Empfängern den Eindruck, das Geld sei für einen Eintrag im zentralen Firmenindex des Eidgenössischen Amtes für das Handelsregister. Die Antwort ist simpel: Diese Rechnung gehört in den Papierkorb.

### Erfolgreiche Messe

Die dritte Ausgabe der Basler Berufs- und Bildungsmesse war wiederum ein voller Erfolg. Rund 25 000 Personen besuchten letzte Woche die Messe und nutzten die Veranstaltung als Begegnungsplattform für Eltern, Jugendliche, Lehrpersonen, Weiterbildungsinteressierte und Wirtschaft. Reto Baumgartner, Projektleiter des vom Gewerbeverband Basel-Stadt organisierten Anlasses, zeigte sich mehr als zufrieden: «Vielen Jugendlichen dürfte nun der Übergang von der Schule in die Berufswelt einiges leichter fallen. Und zahlreiche Weiterbildungsinteressierte konnten sich über das vielfältige Angebot informieren. Somit wurden die Hauptziele der Messe erreicht. Für uns war wichtig, dass wir die Qualität der Messe weiter steigern konnten.» Besonders bewährt hätten sich die Führungen in elf verschiedenen Sprachen, die bei den fremdsprachigen Eltern auf grosses Interesse stiessen. Ein grosser Erfolg war auch der Bewerbungs-Check. Mehrere hundert Personen nutzten die Gelegenheit, ihre Bewerbungen von Personalprofis aus der Praxis überprüfen zu lassen. Die vierte Ausgabe der Messe findet im Oktober 2012 statt.

### 5. ProKlima-Tag

Dank dem bewährten ProKlima-Tag und dem Know-how-Sharing mit Fachleuten verwandter Branchen erhalten Gebäudetechnikspezialisten aktuelles, breitgefächertes Wissen. Das sollte auch dieses Jahr nicht anders sein: Schwerpunkt des 5. ProKlima-Tages am 17. November 2010 in der Trafo Halle Baden (08:30 bis 16:30 Uhr) wird das Thema «Luft als Lebensmittel» sein. «Aus Fehlern lernen» und «Zukünftiges verbessern» ist der Tenor, welcher der Branche zu weiterem Qualitätsbewusstsein verhelfen soll. Bauherren und Anlagenbetreiber, auch im Wohnungsbereich, sollen vermehrt zur Überzeugung gelangen, dass nur mit Qualität in der Gebäudetechnik ein optimales Innenraumklima erzeugt werden kann. Nicht minder interessant dürften die Themen «Gebäudetechnik – einmal anders», «Weltgeschehen» (mit dem TV-Nahost-Korrespondenten Ulrich Tilgner) und «Führung» sein. Peter Schilliger, Zentralpräsident suissetec, wird zudem über «Aktualitäten suissetec: Wo/wie setzt suissetec seine Schwerpunkte in der Gebäudetechnik» referieren. Von grosser Bedeutung ist natürlich das Networking, für welches während den Pausen, dem Lunch und dem Apéro reichlich Zeit bleibt. Tagungskosten Fr. 250.– (für suissetec-Mitglieder Fr. 210.–)

## WORTE DER WOCHE



«2003 bin ich mit dem Versprechen angetreten, die Bundesfinanzen zu stabilisieren. Das ist gelungen. Ich habe alle wichtigen Geschäfte ins Trockene gebracht. Im Vordergrund standen neben dem Schuldenabbau auch die Steuerreformen und die internationalen Dossiers für den Wirtschafts- und Finanzstandort Schweiz.»

Bundesrat Hans-Rudolf Merz

## AUSSCHREIBUNG

## Höhere Fachprüfung

## «Eidg. dipl. Betriebswirtschafter/-in des Gewerbes» 2011

- **Prüfung 1. Teil:** Donnerstag, 26. Mai 2011, 09.00 – 12.50 Uhr; 3,5 Stunden **schriftlich**
- **Bekanntgabe Thema Diplomarbeit:** Donnerstag, 26. Mai 2011, 13.00 Uhr
- **Abgabe Diplomarbeit:** Freitag, 26. August 2011
- **Prüfung 2. Teil:**
  - Donnerstag, 13. Oktober 2011, 13.00 – 17.50 Uhr; 4,5 Stunden **schriftlich**
  - Freitag, 14. Oktober 2011, 09.00 – 13.15 Uhr; 4 Stunden **schriftlich**
- **Mündliche Prüfungen:** Montag bis Freitag, 24. bis 28. Okt. 2011
- **Kosten:** Fr. 3565.– (inkl. Fr. 65.– für Diplom und Eintrag); die Prüfungskommission behält sich eine Erhöhung des Prüfungsgeldes für die Prüfung 2011 vor.
- **Anmeldetermin:** Montag, 28. Februar 2011  
Später eintreffende Anmeldungen werden nicht mehr berücksichtigt.
- **Anmeldeadresse:** Prüfungskommission «Eidg. dipl. Betriebswirtschafter/-in des Gewerbes», Sekretariat, Postfach 8166, 3001 Bern
- **Anmeldeformulare:** Die Formulare können beim Sekretariat der Prüfungskommission bezogen werden.  
Tel. 031 388 51 68, pkhfp@sgv-usam.ch

**FLORISTENVERBAND** – Verbandspräsident Hervé Aubert war einst Zeitmilitär.

# Vom Militär zur Floristik

Als 27-Jähriger war Hervé Aubert auf dem besten Weg, in der Schweizer Armee Karriere zu machen. Seit fünf Jahren diene der zweisprachige 1,93-Meter-Hüne aus Bulle nun schon als Zeitmilitär. Doch eines Abends fasste er den Entschluss, seinem Leben eine neue Wendung zu geben. «Ich habe mich spontan entschieden, einen eigenen Blumenladen zu eröffnen», erklärt Aubert. Und er zögerte keinen Moment. Schon am nächsten Morgen verkündete er in der Kaserne sein Vorhaben, künftig die Floristik statt das Militär in den Mittelpunkt seines Lebens zu stellen. Dass seine Kündigung nicht gegen die Armee gerichtet war, beweist die Tatsache, dass er noch heute – fünf Jahre später – als Instruktor für die Armee tätig ist und ab und zu auf Waffenplätzen anzutreffen ist.

## Managementkurse besucht

Häufiger trifft man Hervé aber im eigenen Blumenladen «Asclépiade art fortal» an der Grand-Rue in Bulle. 2005 hat er das Geschäft eröffnet. In jener Startphase hat er sich bewusst viel abverlangt. Obwohl er mit einer

dreijährigen Gärtnerlehre sowie einer zweijährigen Floristenausbildung einen Rucksack voller Fachwissen mitbrachte, hat er sich intensiv auf die Geschäftsgründung vorbereitet. «Ich bildete mich weiter, indem ich Kurse in Management, Marketing und Buchhaltung besuchte», so Aubert. Die Mühe hat sich ausbezahlt, heute beschäftigt Aubert zwei Floristen und bildet zwei Lehrlinge aus. Einer von ihnen hat seine Lehrstelle Anfang August angetreten. «Natürlich ist die Ausbildung eines Jugendlichen für einen Lehrmeister mit Aufwand verbunden. Aber das ist es mir wert, unser Berufsstand braucht guten Nachwuchs», so Aubert.

## «Militärfahrung nützt mir»

Ein bis zwei Mal pro Woche ist Hervé Aubert auch im beschaulichen Wangen bei Dübendorf anzutreffen. An der Förlwiesenstrasse in Wangen befindet sich nicht nur die Zürcher Blumenbörse, sondern auch die Geschäftsstelle des Schweizerischen Floristenverbandes. Und dessen Präsident ist Aubert seit dem vergangenen 1. Mai. «Ich habe mir nicht zum Ziel



Hervé Aubert ist seit Mai Präsident des Schweizer Floristenverbandes.

gesetzt, dieses Amt anzutreten. Aber als man mich angefragt hat, Nachfolger von Philipp Müller zu werden, habe ich zugesagt», verrät er. «Ich bin ein Stratege, der gerne Projekte vorbereitet. Meine Militärfahrung nützt mir dabei», ist er überzeugt. Bedenken, dass er mit 32 Jahren zu jung sei, einen nationalen Berufsverband zu führen, hatte er nie. Er trete vielleicht etwas anders an Herausforderungen heran als seine älteren Vorgänger und bringe neue Vorschläge ein. Er habe denn auch eine Idee für ein grösseres Verbandsprojekt. Hervé Aubert will aber nicht verraten, worum es geht. «Projektvorschläge arbeite ich immer zuerst mit dem Zentralvorstand aus. Ich bin ein Teammensch», so Aubert. Zusammen erreiche man mehr, weshalb ihm auch der Gedankenaustausch an Versammlungen sehr wichtig ist.

## Detailhandel als Konkurrenz

In seiner Funktion als Verbandspräsident arbeitet er an nationalen Strategien und Projekten, nimmt Berufs-

und Meisterprüfungen ab und versucht die Bevölkerung für die Anliegen der Floristen zu sensibilisieren. «Wir spüren, dass der Detailhändler, der nebenbei auch noch Blumen verkauft, eine Konkurrenz für uns ist», so Aubert. Er bedauert es, dass sich so viele Blumenfreunde mit dem begrenzten Standardsortiment der Detaillisten zufrieden geben. «In unseren Blumengeschäften wird die Kundschaft umfassend beraten und kann aus einem breiten Sortiment wählen», so Aubert. Ein eigentliches Erfolgsrezept hat der Präsident für die Schweizer Floristen nicht parat. «Wir müssen auf die Kundenwünsche eingehen. Und wenn jemand mit einem kleineren Budget als im Vorjahr in den Laden kommt, so gelingt es uns dennoch, ihm einen Blumenwunsch zu erfüllen», sagt Aubert.

Matthias Engel

## LINKS

[www.florist.ch](http://www.florist.ch)  
[www.asclepiade.ch](http://www.asclepiade.ch)

ANZEIGE

# Orange Me

## Gestalten Sie ein Abo so einzigartig wie Sie

### Super Service Max' Abo

SPRECHEN

SMS

SURFEN

Massgeschneidert für Firmenkunden:  
mit der Company Option innerhalb Ihres Unternehmens gratis telefonieren

[orange.ch/business](http://orange.ch/business)

Company Option CHF 9.–/Monat und Benutzer

Business Services

orange™

**VOLKSABSTIMMUNG VOM 28. NOVEMBER** – Die Steuerharmonisierungs-Initiative der Sozialdemokraten ist nichts anderes als ein Angriff auf die Standortstärke der Schweiz und den Föderalismus.

# Schädliche Gleichmacherei



Der SP geht es weniger um Steuergerechtigkeit als um eine weitere Umverteilung.

Die Schweiz ist das wettbewerbsfähigste Land vor den USA und Singapur. Zu diesem Erfolg tragen die Finanz- und Steuerpolitik des Bundes und der Kantone wesentlich bei. Die SP-Steuer-Initiative greift nun diese Politik frontal an. Sie schränkt die Autonomie der Kantone massiv ein, führt zu höheren Steuern und verschlechtert die Standortqualität der Schweiz. Arbeitsplätze und Wohlstand werden so direkt gefährdet.

## EU-Modell übernehmen?

Unser Land nimmt heute im weltweiten Standortwettbewerb die Spitzen-

position ein. Das verdanken wir nicht zuletzt unserer klugen Finanz- und Steuerpolitik mit Schuldenbremse, Finanzreferendum in den Kantonen und dem funktionierenden Steuerwettbewerb. Die SP-Initiative setzt diese erfolgreiche Politik leichtfertig aufs Spiel, indem sie den bewährten Steuerwettbewerb schrittweise ausschalten will. Sie will längerfristig eine umfassende Steuerharmonisierung nach dem Modell der EU. Der gut funktionierende Steuerwettbewerb gekoppelt mit einem fairen Finanzausgleich ist aber ein wichtiger Standortvorteil für die Schweiz. Ein

internationaler Vergleich zeigt: Länder mit einem Steuerwettbewerb haben vergleichsweise tiefe Steuern; Länder mit Steuerkartellen wie Deutschland, Frankreich oder Italien weisen hingegen Steuerquoten auf, die deutlich über jenen der Schweiz liegen. Mit der Annahme der SP-Initiative würde die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz massiv verschlechtert. Firmen achten bei der Suche nach einem geeigneten Standort nicht nur auf die Unternehmenssteuern, sondern auch auf die Höhe der Einkommenssteuer ihrer Mitarbeiter. Genau diese würden jedoch erhöht. Das würde Firmenansiedlungen stark behindern. Wenn Firmen das Land verlassen oder wegen zu hoher Steuern sich nicht in der Schweiz ansiedeln, würde auch das Gewerbe als Zulieferer darunter leiden.

## Föderalismus missachtet

Wir können in den Kantonen und Gemeinden selber über die Höhe der Steuern entscheiden. Das verdanken wir unserem föderalen System. Dieses lässt den Kantonen und den Gemeinden grossen Gestaltungsspielraum bei Finanz- und Steuerfragen. Dem will nun die SP den Riegel schieben. Ihre Initiative verlangt eine starre Mindestbesteuerung, die für alle Kantone gilt. Damit würde den Kantonen ein wichtiger Teil der Steuerkompetenz weggenommen und nach Bundesbern delegiert. Das würde die Kantone schwächen. Sie könnten in Zukunft ihre Steuern nicht mehr frei festlegen. Damit würde auch der Steuerwettbewerb stark eingeschränkt. Das hätte negative Auswirkungen auf unseren Wohlstand. Denn der Steuerwettbewerb hat nachweislich positive Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum. Der Neue Finanzausgleich garantiert, dass der Steuerwettbewerb fair ist und die Solidarität zwischen den Kantonen bestehen bleibt. Dabei ist allerdings wichtig, dass die finanzstarken Kantone, die in diesen Finanzausgleich einzahlen, ihre Verantwortung auch weiterhin wahrnehmen.



Der Autor dieses Beitrages, der Luzerner FDP-Nationalrat Georges Theiler, sieht Wohlstand und Arbeitsplätze gefährdet.

## Strategie für die Katz?

Wie negativ sich das linke Volksbegehren auswirken würde, zeigt das Beispiel des Kantons Luzern. Dieser hat seine Position dank einer geschickten Finanz- und Steuerpolitik in den letzten Jahren im Rahmen einer Gesamtstrategie schrittweise verbessert. Er hat an Standortattraktivität gewonnen. Die dank der neueröffneten Autobahn ermöglichte Nähe zum Wirtschaftsraum Zürich wird diese Entwicklung noch begünstigen. Bei einer Annahme der Initiative müssten aber 16 Kantone, darunter auch Luzern, die Steuern erhöhen – die Strategie wäre für die Katz.

Die SP-Initiative würde zu einer schädlichen Gleichmacherei führen. Die weitgehende Ausschaltung des Wettbewerbs hätte unnötige Steuererhöhungen zur Folge und würde zu einem verschwenderischen Staat führen. Gute Steuerzahler würden vertrieben. Wohlstand und Arbeitsplätze wären gefährdet. Deshalb muss diese gefährliche Initiative abgelehnt werden.

Georges Theiler

## LINK

[www.theiler.ch](http://www.theiler.ch)

## NACHLESE

### Sozialausbau I

Im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen im Herbst 2011 mobilisieren die Linken nicht nur mit gleichmacherischen Initiativen. Sie greifen auch zum bewährten und wählerwirksamen Mittel des Sozialausbaus. So hat sich die Sozial- und Gesundheitskommission letzte Woche für einen Vorstoss des Kantons Genf ausgesprochen, der es den Kantonen ermöglichen sollte, einen über die Mutterschaftsversicherung (also die EO) finanzierten Elternurlaub einzuführen. Da der Entscheid mit 11 zu 10 Stimmen fiel, besteht die Hoffnung, dass sich am Schluss doch das entschiedene Nein des Ständerates durchsetzt. Dort hat man noch nicht vergessen, dass die EO-Beiträge ab 2011 um 0,2 Prozent erhöht werden müssen.

### Sozialausbau II

Als das Schweizer Volk 2004 über die Verfassungsgrundlage für eine Mutterschaftsversicherung abstimmt, versprochen Bundesrat und Parlament, dass es keinen Ausbau geben werde. Und siehe da: Der Vaterschaftsurlaub wird immer häufiger eingeführt, sei es in der Verwaltung oder in Regiebetrieben des Bundes. Der Kanton Freiburg bezahlt – immerhin aus eigener Kasse – neuerdings Mutterschaftsbeiträge auch an nicht erwerbstätige Frauen. Prompt finden die Freiburger Nachahmer: Im Kanton Basel-Landschaft prüft die Regierung das Anliegen.

## BUHRUF DER WOCHE

### Freipass für Kinderschänder



Die Sorge um das Kindeswohl pflegt Noch-Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf (Bild) zumindest rhetorisch als oberste Priorität zu behandeln. Entsprechend gross ist

jetzt das Entsetzen darüber, dass ihr Departement für eine gefährliche Gesetzesänderung verantwortlich zeichnet. Ab 2011 soll es nicht mehr möglich sein, Pädophile mit Hilfe verdeckter Ermittlungen im Internet zu fassen. Diese werden nur noch erlaubt sein, wenn «bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen», dass eine besonders schwere Straftat begangen worden ist. Die heutige Regelung für den Fall, dass sie «voraussichtlich begangen werden soll», wurde ersatzlos gestrichen. Die Polizeifahnder decken bei ihrer Arbeit in Computer-Chatrooms heute nicht selten Kinderschänder auf, die sich mit den Kids verabreden und sie missbrauchen wollen.

## VIER WICHTIGSTE GRÜNDE FÜR DAS NEIN

- **Höhere Steuern für alle:** Der geforderte Mindeststeuersatz für hohe Einkommen und Vermögen führt zur Abwanderung von Firmen und guten Steuerzahlern – die Zechen bezahlt der Mittelstand und die unteren Einkommensschichten. Die Initiative ist ein Eigengoal!
- **Standortnachteile:** Die Initiative schränkt die Möglichkeiten von Randgebieten ein, sich im internationalen Standortwettbewerb gut zu positionieren. Das gefährdet Standortvorteile und moderate Steuern.

- **Gefährdung von Arbeitsplätzen:** Höhere Steuern und eine Schwächung des Standortes Schweiz bedrohen Arbeitsplätze. Auch davon sind – entgegen der Behauptung der SP – untere und mittlere Einkommensschichten am stärksten betroffen.
- **Entmachtung der Kantone:** Die Initiative höhlt die Finanzautonomie der Kantone aus und ist der erste Schritt in Richtung materieller Steuerharmonisierung.

## PUBLIREPORTAGE

# Heute findet man neue Mitarbeiter online

Wer nach neuen Mitarbeitern sucht, kommt an Online-Stellenplattformen nicht vorbei. Für KMU-Kunden gibt es auf JobScout24 extra ein spezielles «Rundum sorglos Paket».

Längst haben die Online-Medien die Printmedien überholt. Waren früher die Zeitungen seitenweise mit Stelleninseraten gefüllt, sind heute Stelleninserate zunehmend online zu finden. Die Vorteile, online nach passenden Bewerbern zu suchen, liegen auf der Hand: Ein Online-Inserat ist kostengünstiger und jederzeit verfügbar.

## Online-Inserat: Flexibel, kostengünstig und jederzeit verfügbar

In einer Zeitung bemisst sich der Preis anhand der Anzahl der verwendeten Zeichen. 4000 Franken kommen in einer nationalen Tageszeitung schnell zusammen und Ihr Stelleninserat erscheint nur einen Tag in der Zeitungsausgabe.

«Rundum sorglos Paket» für KMU Online gelten andere Regeln, und deshalb hat JobScout24 speziell für KMU-Kunden ein «Rundum sorglos Paket» geschmürt: Für CHF 790.– können Sie ein Stelleninserat 30 Tage lang in Ihrem Firmendesign publizieren. Zudem erhalten Sie mit dem JobPublisher ein System, mit dem Sie problemlos Stellen ausschreiben, archivieren und verwalten können. Oben drauf gibt's ein Stellenmarkt-Modul, mit dem Sie Ihre Stellen kostenlos auf Ihrer eigenen Firmenwebsite schalten können. Als besonderes i-Tüpfelchen im KMU-Paket sparen Sie bei jedem weiteren Inserat CHF 100.–.

## Neun Millionen Besucher

Fühlt sich in der Zeitung niemand angesprochen, haben Sie eine Menge Geld vergeblich investiert. Online können Sie in diesem Moment eingreifen, indem Sie das Inserat verändern. Neun Millionen Besucher sind jeden Monat auf den

Plattformen der Scout24-Gruppe. Ihre Inserate treffen auf jede Menge Publikum. Was liegt also näher, als bei der nächsten Personalsuche auf dem bekanntesten Jobportal der Schweiz – JobScout24 – zu inserieren?

## LINK

[www.jobscout24.ch](http://www.jobscout24.ch)



## Ihre Stelleninserate auf dem iPhone

JobScout24 geht mit dem Trend der Zeit und hat daher seit Juni eine eigene App für iPhone-Nutzer entwickelt. In der Schweiz werden bereits über 600 000 iPhones genutzt. Etwa zwei Drittel aller europäischen iPhone-Nutzer sind jünger als 35 Jahre. Auch bei Führungskräften erfreut sich das iPhone zunehmender Beliebtheit. Alle Stelleninserate auf JobScout24 sind damit nicht nur im Internet, sondern auch auf mobilen Endgeräten wie dem iPhone sichtbar. Die JobScout24-App bietet das grösste Stellenangebot der Schweiz an. Wer einen Job sucht, kann diesen bequem von unterwegs mit dem iPhone finden. Mit der Präsentation Ihrer Stelleninserate auf dem iPhone nehmen Bewerber Sie als modernen und zeitgemässen Arbeitgeber wahr.

## NACHLESE

## Schlag in den Wind

Die krampfhaft Suchende nach Alternativenergien um jeden Preis könnte endlich einen Rückschlag erleiden – zumindest im Kanton Neuenburg. Der von der Kantonsregierung vorgesehene Bau von 59 Windturbinen auf den landschaftlich wertvollen Jura-Kreuzen könnte sich nun arg verzögern: Eine diese Woche eingereichte kantonale Volksinitiative will der Bevölkerung ein Mitspracherecht sichern. Über 6400 Unterschriften kamen zusammen; nötig gewesen wären 4500. Mit von der Partie ist auch der 80-jährige Umweltschützer Franz Weber, Präsident der Stiftung Helvetia Nostra. Er kündigte an, dass Helvetia Nostra «wenn nötig» eine nationale Volksinitiative gegen den «anarchistischen Bau» von Windrädern lancieren werde.



Naturfreunde haben keine Freude an den Windparks im Jura (hier bei St-Brais).

In der Schweiz sind heute an 18 Standorten Windturbinen in Betrieb. Sie produzieren lediglich 0,3 Promille des gesamten Schweizer Stromverbrauchs. Bis ins Jahr 2025 will der Bundesrat diesen Anteil auf rund ein Prozent steigern. In der EU ist man schon weiter: Dort besorgen Windturbinen heute 3,7 Prozent des gesamten Stromverbrauchs, in einzelnen Gegenden Deutschlands sogar einen Drittel.

## Winterpneus fehlen

Wenn die ersten Schneeflocken fallen, ist es höchste Eisenbahn für die Montage von Winterpneus. Dieses Jahr dürfte das für viele Autofahrer, die neue Winterreifen brauchen, eine heikle Sache werden, weil diese echte Mangelware sind. Schuld daran ist die weltweite Wirtschaftskrise. Viele Pneuhersteller mussten Fabriken schliessen oder Kapazitäten massiv zurückfahren. Ins Ausland ausweichen ist kaum möglich. In Österreich herrscht neu ein Winterreifen-Obligatorium, und Deutschland hat die Vorschriften ebenfalls verschärft. Dies führt dazu, dass die Nachfrage nach den Pneus in unseren Nachbarländern deutlich gestiegen und der Markt zusätzlich ausgetrocknet ist. «Es könnte passieren, dass in diesem Jahr einzelne Automobilisten nicht fündig werden», hielt Gregor Hartmann, Chef von Pneu-Egger, fest. Auch andere Händler befürchten unlösbare Probleme. Zumal die noch verfügbaren Billig-Reifen wohl keine Alternative sind: Sie erhalten in Tests oft schlechte Noten und sind nach Meinung von Experten ein nicht zu unterschätzendes Sicherheitsrisiko.

## FREMDWORT DER WOCHE

■ **Orthorexie:** Der Begriff leitet sich von «orthos» = richtig, gerade und «orexis» = Appetit ab. Die Betroffenen stehen unter dem krankhaften Zwang, sich gesund ernähren zu müssen, verbunden mit dem Wunsch nach kompletter Kontrolle. Für viele Orthorektiker dient die besondere Ernährungsweise als Mittel zur Selbstverbesserung. Sie fühlen sich durch das Einhalten strenger Ernährungsvorschriften stolz und tugendhaft.

**INFRASTRUKTUR-AUFGABEN** – 15 lange Jahre hat Moritz Leuenberger das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) geführt. Seine Nachfolgerin ist gefordert.

## Heikle Themen für Leuthard

Die neue UVEK-Chefin Doris Leuthard wird sich recht bald mit einigen Knacknüssen befassen müssen, die strategische Tragweite haben. Das heisst, diese Herausforderungen werden die Zukunft der ganzen Schweiz entscheidend prägen. Interessanterweise sind gerade diese nicht nur mit einem Kompromiss, sondern vermutlich auch mit Radikallösungen zu bewältigen. Alle Infrastrukturnetze gehören zu dieser Kategorie.

## Neue Fragestellungen

Im Bereich der Strasse ist sich zu fragen, ob das heutige, nunmehr vierzig Jahre alte System zukunftsgerichtet ist. Die Verstärkung der Regionen führt zu Staus und dadurch zu Umweltbelastung und zu Mehrkosten. Gleichzeitig ist das Gewerbe – und mit ihm die Bevölkerung – auf den Individualverkehr für eine angemessene Verteilung der Güter und Dienstleistungen angewiesen. Genauso wie der Salat nur frisch bleibt, wenn er den Laden früh erreicht, kann die SpiteX nur dann ihre Dienste anbieten, wenn ihre Mitarbeiterinnen mobil sind.

Doch auch die Schiene steht vor einer grundlegenden Überholung. Wie gelingt es der Schweiz, seine Position als Logistik-Drehscheibe Europas auszuspielen und die Schiene als Option vor allem für den Transitverkehr zu positionieren? Welches Schienennetz ergänzt und erleichtert den motorisierten Individualverkehr? Und vor allem: Wie sind beide ohne zusätzliche Abgaben, Steuern und



Viele schwere Aufgaben, doch aber auch viele Chancen im UVEK: Bundespräsidentin Doris Leuthard wird künftig die Infrastrukturpolitik prägen.

monopolistische Preiserhöhungen zu finanzieren?

Diese Fragen hängen mit der Raumentwicklung zusammen. Eine möglichst freiheitliche und föderale Raumplanung ist im Interesse der KMU. Darüber hinaus muss sie pragmatisch zwischen Prioritäten abwägen können und so beispielsweise einer Siedlungsverdichtung den Vorrang vor

dem Umweltschutzgesetz geben können. Es gilt vor allem zu wissen, dass die Raumentwicklung der Menschen wegen da ist und nicht umgekehrt.

## Viele Erfolgspotenziale

Das Departement hat Potenzial. Zukunftsgerichtete Schlüsselbereiche wie die Kommunikation, die Energie und die Umwelt können bei richtiger

Bewirtschaftung zu echten strategischen Erfolgsfaktoren für das Departement werden. Wenn sich diese gegenseitig ergänzen, verleihen sie nicht nur dem UVEK politisches Gewicht, sondern positionieren die Schweiz als weltweite Kraft.

Als Standort für wissensintensive Branchen und als stark vernetztes Land kommt der Kommunikation eine Schlüsselrolle zu. In Sachen Energie waren der saubere Strommix, die hohe Versorgungssicherheit und die niedrigen Strompreise einmal Standortfaktoren der Schweiz. Auch wenn beide ersten bleiben, ist die weitere Strommarktliberalisierung so zu gestalten, dass der Markt effizienter und die Preise günstiger werden. In der Stromproduktion und darüber hinaus im gesamten Umweltbereich hat das UVEK die Mittel in der Hand, die Energieeffizienz und die erneuerbaren Energien zu fördern. Förderung ist dabei das Gegenteil vom emsigen Machen und pingeligen Überwachen von Regeln, sondern die Ankerbelung von Forschung, Technologietransfer und Know-how. Gerade in der Umwelt kann ein freier Markt die Schweiz als Spitze positionieren. Einzelne Branchen, so im Bau, Ausbau, Technik und Beratung, sind es schon, andere können bald folgen.

Aus KMU-Perspektive wesentlich ist eine freiheitliche Auffassung des Departements als Innovationsfaktor, als bürokratiefreie Dynamik, welche gute Voraussetzungen für die Zukunft der Schweiz und seiner KMU schafft.

Henriquet Schneider

**STADT ZÜRICH** – Das Volk entscheidet am kommenden 28. November über eine dunkelgrüne Parkplatzverordnung.

## Pro Einwohner ein Veloabstellplatz?

Im Juli hat der Zürcher Gemeinderat eine Teilrevision der städtischen Parkplatzverordnung (PPV) beschlossen. Dabei liess sich die linksgrüne Mehrheit aus ideologischen Gründen einmal mehr zu verschiedenen unnötigen und willkürlichen Bestimmungen hinreissen. So sollen nun alle Grundeigentümer gedeckte und diebstahlsichere Veloabstellplätze erstellen und zwar einen Veloabstellplatz pro 40 Quadratmeter Wohnfläche. Da der durchschnittliche Wohnbedarf einer Person in Zürich 41,25 Quadratmeter beträgt, macht das einen gedeckten Veloabstellplatz pro Einwohner. Unabhängig davon, ob die Bewohner Säugling oder Se-

niorin sind. Dies ist absolut unverhältnismässig und unsinnig und macht das Bauen in Zürich weiter unattraktiv (vgl. auch Gewerbezeitung vom 20.8.).

Nicht besser ergeht es bei Annahme der Teilrevision der PPV dem Gewerbe: Detailhandel, Dienstleistungs- und Restaurationsbetriebe müssten laut neuer Parkplatzverordnung pro 160 Quadratmeter Verkaufsfläche, 300 Quadratmeter Bürofläche und 10 Sitzplätze in Restaurants ebenfalls je einen gedeckten und diebstahlsicheren Veloabstellplatz zur Verfügung stellen. In der Zürcher Innenstadt müssten somit auf privatem



Albert Leiser, Direktor des Hauseigentümerversandes Zürich, bekämpft die neue Parkplatzverordnung.

Grund (!) Zehntausende von neuen Veloabstellplätzen errichtet werden – unter enormen Kosten und zulasten von Verkaufs- oder Zirkulationsflächen.

Weiter wird der motorisierte Individualverkehr massiv eingeschränkt: So wird die Zahl der zulässigen privaten Abstellplätze durch das Heraussetzen der massgeblichen Mindestwohnfläche von 100 auf 120 Quadratmeter weiter reduziert. Mittel-

fristig wird damit jeder achte private Autoabstellplatz in der Stadt Zürich wegfallen und die Bewohner werden gezwungen, ihre Autos auf öffentlichem Grund abzustellen. Da die blauen Zonen bereits heute zu knapp bemessen sind, wird vor allem mittelständischen Personen, welche in kleineren Wohnungen leben, der Besitz eines Autos verunmöglicht.

Auch wenn man gegenüber der Förderung des Veloverkehrs durchaus aufgeschlossen sein kann, jetzt hat der linksgrüne Gemeinderat jedes Augenmass verloren, und diese Ansinnen müssen energisch und auf allen Ebenen bekämpft werden!

Auch wenn es vorderhand noch nach einem «Problem» der Stadt Zürich aussieht, ist diese Teilrevision M am 28. November an der Urne ausdrücklich abzulehnen. Denn das Ansinnen kann sich rasch zu einem kantonalen Flächenbrand entwickeln: Leider hat die Vergangenheit schon mehrmals gezeigt, dass linksgrüne Ideen aus Zürich auch auf andere Städte übergreifen können. Darum gilt: Wehret den Anfängen! Albert Leiser

ANZEIGE

# www.caravaningsuisse.ch

Unsere Mitglieder sind kompetente Partner für die Bereiche Camping und Caravanning. Ob Sie einfach einmal zwei, drei Wochen alles hinter sich lassen und mit dem gemiete-

ten Wohnmobil verreisen möchten oder ob Sie den Kauf eines Wohnmobils oder Caravans planen, auf unserer Website [www.caravaningsuisse.ch](http://www.caravaningsuisse.ch) finden Sie sicher den

richtigen Partner. Oder besuchen Sie den Suisse Caravan Salon ([www.suissecaravansalon.ch](http://www.suissecaravansalon.ch)) vom 28. Oktober bis 1. November 2010 in Bern.



caravaningsuisse

Schweizerischer Caravangewerbe-Verband SCGV  
Union professionnelle Suisse de la caravane UPSC

**SCHWEIZER MEISTERSCHAFTEN** – In Martigny stellten Sanitärinstallateure, Spengler, Heizungsinstallateure, Lüftungsanlagenbauer und Gebäudetechnikplaner ihr Können unter Beweis.

# Zum 20. Mal den Meister gekürt



Die Wettkämpfe der jungen Gebäudetechniker in Martigny stiessen auf grosses Interesse.



Die Schweizer Meister bei der Preisverleihung zusammen mit suissetec-Zentralpräsident Peter Schilliger (v.l.): Simon Meyer (Spengler), André Steiner (Heizungsinstallateur), Matthias Graf (Sanitärinstallateur), Benjamin Früh (Lüftungsanlagenbauer) und Samuel Cahannes (Gebäudetechnikplaner).

Am 1. Oktober fiel für 49 junge Berufsleute in Martigny der Startschuss zu den Schweizer Meisterschaften der Gebäudetechnik. Die Sektion suissetec Valais Romand ermöglichte die Durchführung der Wettkämpfe während der Foire du Valais. Während zehn Tagen mass sich in der Halle 62 der beliebten Unterwalliser Herbstmesse die Elite der Heizungsinstallateure, Lüftungsanlagenbauer, Spengler und Sanitärinstallateure und Gebäudetechnikplaner. Rund 200 000 Messebesucherinnen und -besucher der «Foire du Valais» nutz-

ten die Gelegenheit, den handwerklichen Alltag in der Gebäudetechnik hautnah mitzerleben.

Der Schweizerisch-Liechtensteinische Gebäudetechnikverband (suissetec) wollte den jungen Berufsleuten, unter ihnen war auch eine Spenglerin, die Möglichkeit geben, das individuelle Können mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Landesteilen zu messen. Gleichzeitig hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an diesem Anlass auch Gelegenheit, sich im nationalen Schaufenster vor Messebesuchern und Medien zu präsentieren und damit ihre Berufsgattung, aber auch sich selber im besten Licht darzustellen. Dass sie daneben zahlreiche Kollegen aus anderen Kantonen und Landesteilen kennen lernten, gab der Teilnahme einen zusätzlichen Reiz.

Klar wollte jeder gewinnen, doch erhielten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Urkunde, welche bei der Stellensuche nach der Lehre enorm hilfreich sein kann. Denn allein die Tatsache, in Martigny dabei gewesen zu sein, darf als Auszeichnung verstanden werden.

## Erstmals auch Gebäudetechnikplaner

Während der Schweizerisch-Liechtensteinische Gebäudetechnikverband (suissetec) die Meisterschaften in den Berufen Heizungsinstallateur/-in, Lüftungsanlagenbauer/-in, Spengler/-in und Sanitärinstallateur/-in bereits zum 20. Mal durchführte, fand das fünfte Berufsnachwuchsduell zum allerersten Mal statt. Erstmals massen sich auch die Gebäudetechnikplaner (Fachrichtung Sanitär). Sie demonstrierten dem Publikum das Zusammenspiel von Planung und Handwerk. Der Sieg ging an Samuel Cahannes aus Dardin GR.

Cahannes durfte seine Goldmedaille während einer eindrucklichen Schlussfeier am 10. Oktober vom Walliser Staatsrat Claude Roch entgegennehmen. Neben ihm wurden folgende Schweizer Meister unter grossem Applaus geehrt: Matthias Graf aus Maisprach/BL (Sanitärinstallateur), Simon Meyer aus Wölflinswil/AG (Spengler), André Steiner aus Thalheim/AG (Heizungsinstallateur) und Benjamin Früh aus Krummenau/SG (Lüftungsanlagenbauer).

## WM-Teilnahme winkt

Gut möglich, dass einige der Titelträger 2011 auch bei den Berufs-Welt-

meisterschaften weit oben auf dem Treppchen stehen werden. suissetec-Berufsleute haben an Weltmeisterschaften immer wieder brilliert, so zuletzt auch 2009 der Langnauer Jürg Kühni. An den «WorldSkills» in Calgary sicherte sich Kühni als 19-Jähriger bei den Spenglern Gold. Mit ihm

stand nach Gilles Kehrli (2005) und Daniel Keller (2007) bei den Spenglern bereits zum dritten Mal in Folge ein Schweizer zuoberst auf dem Podest. Die nächsten «WorldSkills» werden vom 5. bis 10. Oktober 2011 in London ausgetragen. Die Bestklassierten der Schweizer Berufsmeisterschaften

2009 und 2010 werden Ende Jahr in einer zusätzlichen nationalen Ausscheidung aufeinandertreffen, um einen der heiss begehrten WM-Plätze zu ergattern. *Matthias Engel*

## LINK

[www.suissetec.ch](http://www.suissetec.ch)

## RANGLISTEN

### Heizungsinstallateur

1. **André Steiner**, Thalheim (Lehrbetrieb und jetziger Arbeitgeber: Kurt Frey AG, Küttigen)
2. **Pascal Müri**, Oberbözing (Kocher Heizungen, Brugg)
3. **Roman Hirter**, Steffisburg (Kammer Haustechnik AG, Wimmis)

### Gebäudetechnikplaner Sanitär

1. **Samuel Cahannes**, Dardin (Hesaplan AG, Ilanz)
2. **Miladin Malic**, Windisch AG (H. Waldvogel, Inh. HJ. Saner AG, Zürich bzw. Amstein + Walther AG, Zürich)
3. **Jöel Heuberger**, Davos-Wolfgang (Züst Haustechnik Planung/Beratung, Grösch)

### Lüftungsanlagenbauer

1. **Benjamin Früh**, Krummenau (Windirsch AG, Wattwil)
2. **Granit Kafexholli**, Pfäffikon (Steiner Mollis AG, Mollis GL)
3. **Stephan Lehmann**, Enggiststein (Stoffel Klima AG, Bern)
3. **Michael Meier**, Volketswil (Hälg + Co. AG, Zürich)

### Sanitärinstallateur

1. **Matthias Graf**, Maisprach (Meister Sanitär + Spenglerei AG, Muttentz bzw. Graf Spenglerei Sanitär AG, Maisprach)
2. **Florian Müller**, Oensingen (Liechti AG, Oensingen bzw. Roger Nyffeler Haustechnik, Rechterswil)
3. **Jonas Meier**, Dintikon (Veil AG, Villmergen)

### Spengler

1. **Simon Meyer**, Wölflinswil (Mösch AG, Gipf-Oberfrick)
2. **Daniel Duc**, Iséables (Monnet Basile & Fils SA, Iséables)
3. **Berkay Inkaya**, Dulliken SO (SSR Sanitär + Spenglerei AG, Rothrist AG)

## Baukredite und Hypotheken ab



der Zins der bringt's

Rufen Sie an:  
0848 133 000

[www.wirbank.ch](http://www.wirbank.ch)

**WIR** Bank

**BRUNNER AG, DRUCK UND MEDIEN** – Vor 26 Jahren wurde das Krienser KMU bei einer Nachfolgeregelung zur Mitarbeiter-AG.

# Unter eigenem Druck

Wenn die Brunner AG, Druck und Medien, zur Generalversammlung lädt, spricht Verwaltungsratspräsident Edgar C. Britschgi das Grusswort, hält Hugo Wyrsh, Vizepräsident des Verwaltungsrates, Rückblick auf vergangene Erfolge und gibt Geschäftsführer Roland Dahinden den Aktionären einige Einblicke ins aktuelle Geschäftsjahr. Wenn im Laufe der Versammlung die Unternehmensleitung immer wieder die konstruktive Zusammenarbeit mit der Belegschaft hervorhebt, sind die Worte bewusst gewählt. Im Aktionärspublikum sitzt nämlich ein grosser Teil der Belegschaft. Seit einem Vierteljahrhundert ist das Krienser KMU mehrheitlich im Besitz

der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie bestimmen massgeblich mit, wie die drei Kompetenzzentren Brunner Verlag, Brunner Druck und Brunner Digital (siehe Nebentext) agieren sollen.

## Gründer gab Verantwortung ab

Mit einem Personalbestand von rund 80 Mitarbeitenden gehört die Firma Brunner zu den grössten als Mitarbeiter-AG geführten Betrieben in der Schweiz. Das Modell ist nicht zu verwechseln mit Regelungen, die zwar eine Mitarbeiterbeteiligung ermöglichen, bei denen die Geldgeber aber mehrheitlich Externe sind. Der abtretende Firmeninhaber Alex Brunner hatte 1984 in der Familie keine Nachkommen gefunden, die willens waren, den Betrieb zu übernehmen. So ging er auf den Vorschlag des damaligen Betriebsleiters Josef Christen ein, das Familien-KMU in eine Mitarbeiter-AG umzuwandeln. Im Mittelpunkt stand damals nicht nur das Ziel, die Arbeitsplätze zu sichern, sondern auch die Absicht, eine Unternehmenskultur zu schaffen, in der die Mitarbeitenden in wichtige Prozesse eingebunden sind. Die Familie Brunner zog sich 1984 aber nicht ganz aus dem Unternehmen zurück. Alex Brunner blieb bis 1995 Verwaltungsratspräsident, und die Gründerfamilie ist auch heute noch Aktionärin.

## Aktienkauf ist freiwillig

Die Beteiligung an der Mitarbeiter-AG ist bis heute allen Angestellten freigestellt. Wer sich für einen Aktienkauf entscheidet, gibt sich finanziell und ideell in die Firma ein, muss sich aber bewusst sein, dass die Kapitalanlage auch ein gewisses finanzielles Risiko in sich birgt.

Der Wert der Aktien wird jährlich durch die Revisionsgesellschaft errechnet. Die Einschätzung erfolgt nach einer Mittelwertmethode, welche die letzten fünf Jahre einbezieht, um kurzfristige Spekulationen zu vermeiden.

Verlässt ein Mitunternehmer den Betrieb, kauft das Unternehmen seine Aktien zurück oder verschreibt sie direkt an einen neuen Interessenten. Ein einzelner Aktionär kann nicht mehr als 15 Prozent der Aktien besitzen. Pensionierte dürfen ihre Anteilscheine grundsätzlich behalten, allerdings nur so lange, bis bei der aktiven Belegschaft kein akuter Bedarf besteht.

## Gratis-Parkplätze und Fachzeitschriften

Führungsorgan ist auch in der Brunner AG die Geschäftsleitung. Vor wichtigen Entscheiden führt sie aber oft eine Meinungsbildung durch oder konsultiert eine Vertretung der Belegschaft. Als Kontrollgremium dient wiederum ein unabhängiger externer Verwaltungsrat.



Das Krienser KMU wurde 1984 in eine Mitarbeiter-AG umgewandelt.



Die regelmässige Kontrolle ist wichtig.

Trotz aktivem Einbezug hat sich die Belegschaft keine übertriebenen Sonderrechte wie eine zusätzliche Ferienwoche oder kürzere Arbeitstage erkämpft. Einige Details verraten dann aber doch, dass bei der Brunner AG, Druck und Medien, die Mitarbeiter mitbestimmen dürfen. «Wir legen grossen Wert auf guten Zusammenhalt und einen wertschätzenden Umgang untereinander. Dazu gehört auch, dass Geburtstage und Jubiläen gefeiert und neue Mitarbeitende bei einem Apéro vorgestellt werden», erklärt Geschäftsführer Roland Dahinden. Ihm hätten schon öfters neue Mitarbeiter gesagt, dass sich das Betriebsklima in Kriens positiv von der Stimmung an anderen Arbeitsplätzen unterscheidet. Gratisprivilegien hat sich die Belegschaft insbesondere in zwei Bereichen erworben. «Bei uns sind die Firmenparkplätze kostenlos. Und wir haben für unsere Mitarbeiter zahlreiche Fachzeitschriften abonniert, die jeweils im Betrieb herumgereicht werden», so Dahinden.

Doch bei der Brunner AG sei allen bewusst: «Um Erfolg zu haben, müssen wir den Markt permanent beobachten und Bedürfnisse bestehender und potenzieller Kunden aufdecken. Jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter kann und soll sich in dieser Hinsicht engagieren», sagt der Geschäftsführer.

Matthias Engel



Geschäftsführer Roland Dahinden.

## LINKS

[www.bag.ch](http://www.bag.ch)  
[www.mirusys.ch](http://www.mirusys.ch)  
[www.rex-buch.ch](http://www.rex-buch.ch)

## DAS UNTERNEHMEN

Die Brunner AG wurde 1928 in Luzern gegründet, seit 40 Jahren hat sie ihren Sitz in Kriens. 1984 wurde das Unternehmen in eine Mitarbeiter-AG umgewandelt. In den vergangenen Jahren hat sich die Brunner AG von einer reinen Druckdienstleisterin zur Spezialistin für Vorstufe, Druck, Verlag, Webtechnologie und Datenmanagement entwickelt. Sie beschäftigt heute 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für 63 Vollzeitstellen. 2009 erzielte die Brunner AG einen Konzernumsatz von 13,35 Millionen Franken.

## Wettbewerbsvorteil Mitarbeiter-AG

Doch wie anderswo steht die Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter im Vordergrund. «Wir führen kein Ferienlager, sondern sind am Markt tätig. Das ist unseren Mitarbeitenden bewusst, sie zeigen eine hohe Arbeitsmoral», sagt Dahinden. Die Identifikation mit dem Unternehmen sei überdurchschnittlich hoch, denn mit Recht könne jeder Mitunternehmer einen kleinen Teil davon sein Eigen nennen. Im Geschäftsalltag würden sich die besonderen Firmenstrukturen immer wieder als Wettbewerbsvorteil erweisen. «Die Mitarbeiter-AG stösst bei unseren Kunden auf viel Sympathie. Immer wieder spüren sie den Unternehmensegeist der Brunner-Belegschaft», weiss Dahinden aus Erfahrung.

Das KMU ist zugleich Druckerei, Verlag und Dienstleister im Digitalbereich.

## «Wir sind dreifach kompetent»

Im Firmengebäude der Brunner AG sind die Druckmaschinen gut ausgelastet. Hier werden täglich in zwei Schichten Verbandszeitschriften, Pfarreiblätter, Geschäftsdrucksachen und Werbebroschüren gedruckt. «Im Druckbereich, unserem sogenannten Kompetenzzentrum Brunner Druck, erwirtschaften wir 70 Prozent unseres Umsatzes», sagt Geschäftsführer Roland Dahinden. «Dank unserer langjährigen Zusammenarbeit mit der im Drei-Schicht-Betrieb druckenden Luzerner UD Print AG können wir noch besser auf die Kundenwünsche eingehen», ist er überzeugt.

## Metzgerzeitschrift und Gastroführer

Das zweite starke Standbein des Krienser KMU ist der Verlag. Er bietet Dienstleistungen in den Bereichen Marketing- und Projektmanagement, Inseratverkauf, Lektorat, Redaktion und Vertrieb. Der Brunner Verlag verlegt Fach- und Informationszeitschriften zu verschiedensten Themen. So ist er mitverantwortlich für das 14-täg-

lich erscheinende «foodaktuell», das offizielle Organ des Schweizerischen Metzgereipersonal-Verbandes. Der Verlag gibt auch Lehrmittel in den Bereichen Verkehrskunde und Heilpädagogik heraus und ist Spezialist für gedruckte Verzeichnisse. «Bekannt ist unser Gastroführer guide-bleu.ch mit jeweils rund 3000 Restauranttipps und vielen nützlichen Extras», erklärt Roland Dahinden. Die Tochterfirma rex verlag AG hat sich auf die Themen Pädagogik und Pastoral spezialisiert.

## Im Digitaldruck Grösse zeigen

Anfang Jahr hat die Brunner AG im Sinne einer Restrukturierung ihre weiteren Kernkompetenzen in einem neuen Kompetenzzentrum zusammengeführt. «Brunner Digital vereint die Abteilungen Web, Datenmanagement und Digitaldruck», so Dahinden. Zugleich wurde die Mitarbeiterzahl erhöht und mit der neuen Digitaldruckmaschine iGen4 ein System der Spitzenklasse angeschafft. «Unsere Digitaldruckmaschine druckt Überformate von bis zu 567 Millime-

tern. Das ist vor allem für besondere Mailings, Plakate, mehrteilige Flugblätter und Zeitschriften mit Klappen interessant», so der Geschäftsführer.

## Eigenes CMS-System entwickelt

Ein Vorzeigeprodukt von Brunner Digital ist das selber entwickelte Content Management System mirusys, mit dem über 200 Unternehmen und Organisationen im In- und Ausland ihre Internetseiten spielend einfach verwalten. Zu den Kunden zählen die Wirtschaftsförderung Luzern, die Gewerbe-Treuhand Luzern, die Schweizer Paraplegiker-Vereinigung, der Immobiliendienstleister Wincasa oder das international tätige Glasindustrie-Unternehmen Pittsburgh Corning Europe. «Unser CMS-System eignet sich hervorragend für die Bewirtschaftung von Webinhalten, aber auch für die mühsame Erweiterung der Struktur von Websites», sagt Dahinden. Auch hier gilt: «Wir entwickeln mirusys ständig weiter, um auf dem wachsenden Content-Management-Markt stets neue Massstäbe setzen zu können.»

ANZEIGE

Executive School of Management,  
Technology and Law (ES-HSG)

 Universität St.Gallen



## Fit for Law – Wirtschaftsrecht für Manager (WRM-HSG)



5. Durchführung  
Start: 7. März 2011

Verwaltungsräte und Führungskräfte aus Privatwirtschaft und Verwaltung eignen sich in diesem berufsbegleitenden Zertifikats- bzw. Diplomkurs seriöses Grundlagenwissen im schweizerischen und in ausgewählten Gebieten des internationalen Wirtschaftsrechts an.

Informationsgespräche:  
– Dienstag, 09. November 2010  
– Dienstag, 30. November 2010  
– Dienstag, 11. Januar 2011  
jeweils 18-19 Uhr in Zürich  
(Anmeldung notwendig)

Anmeldung/Auskunft: [nadine.studach-weder@unisg.ch](mailto:nadine.studach-weder@unisg.ch) oder Telefon 071/224 75 12

[www.es.unisg.ch/wrm](http://www.es.unisg.ch/wrm)

**ENERGIESPAREN BEI KAFFEEMASCHINEN** – Hunderttausende von Automaten in Büros und gewerblichen Betrieben werden abends nicht abgeschaltet. Das braucht unnötig viel Strom.

# Stromfresser nicht füttern

Es ist aus unserer Arbeitswelt kaum noch wegzudenken: Der Duft des frisch gebrauten Espresso oder eines Caffè Latte gibt der Arbeitspause eine gewisse Italianità. Ob Kaffeefullautomaten oder Portionenmaschinen: Neben rund zwei Millionen Haushalt-Kaffeemaschinen dürften über 750 000 dieser Geräte in Büros und gewerblichen Betrieben im Einsatz stehen. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung der Schweizerischen Agentur für Energieeffizienz (S.A.F.E.), die im Auftrag des Bundesamtes für Energie gemacht wurde.

## Enormes Sparpotenzial

Mitautor Jürg Nipkow hat eine weitere Erkenntnis aus der durchgeführten Repräsentativ-Umfrage überrascht: «Mindestens jede dritte Kaffeemaschine an Arbeitsplätzen wird abends nicht abgeschaltet.» Hinzu kommt, dass der Stromverbrauch im Bereitschaftsmodus mit einem Anteil von 84 Prozent am Gesamtverbrauch extrem hoch ist. Hier liegt ein enormes Sparpotenzial brach.

Herkömmliche Kaffeemaschinen halten im Bereitschaftsmodus die Temperatur im Boiler ständig auf 80 bis 90 Grad. Auf einer Abstellfläche wird es so warm, dass Tassen vorgewärmt werden können. Im Durchschnitt fliessen so permanent rund 25 Watt aus der Steckdose. Verfügt das Gerät sogar über eine aktive Wärmeplatte, kann dieser Wert auf 50 Watt ansteigen. Wenn Kaffeemaschinen Tag und Nacht in diesem Bereitschaftsmodus mit Warmhaltung belassen werden, resultiert mit einer Dauerleistung von 25 Watt aufs ganze Jahr hochgerech-



Moderne Kaffeemaschinen sorgen für hohe Genüsse – und oft auch für hohe Stromrechnungen.

net (abzüglich vier Wochen Betriebsferien) im Durchschnitt ein Stromverbrauch von 200 Kilowattstunden (kWh).

## Konsequent abschalten

Grundsätzlich kann dieser unnötig hohe Stromverbrauch auf zwei Arten massiv reduziert werden. Wenn die Kaffeemaschine am Abend konsequent abgeschaltet wird, sinkt der Verbrauch um rund 40 Prozent. Ist die Neuanschaffung einer Kaffeemaschine fällig, dann lohnt es sich, nur noch Produkte zu wählen, die über eine automatische Abschaltfunktion verfügen. Die Bereitschaftsheizung des Boilers wird durch diese Funktion nach einer definierten Zeit automatisch abgeschaltet. Es ist von Vor-

teil, wenn die Abschaltfunktion individuell programmierbar ist. So kann dem Nutzungsverhalten besser Rechnung getragen werden. «Wir empfehlen für Kaffeemaschinen an Arbeitsplätzen die automatische Abschaltung auf eineinhalb bis drei Stunden einzustellen», rät Jürg Nipkow. Neben der Stromersparung bringt das einen weiteren Vorteil: Wenn Dichtungen und Pumpen nicht ständig heiss sind, bleiben sie länger in gutem Zustand.

Kaffeefullautomaten und Portionenmaschinen mit dieser «Auto-off»-Funktion sind auf der unabhängigen Online-Suchhilfe [www.topten.ch](http://www.topten.ch) einfach zu finden. Die besten Maschinen erreichen nach der automatischen Abschaltung eine Leistung von null

## VERBRAUCH HALBIEREN

Der Stromverbrauch von Kaffeemaschinen liegt gemäss der S.A.F.E.-Untersuchung bei rund 400 Millionen Kilowattstunden (kWh) pro Jahr. Davon entfällt etwa die Hälfte auf Haushalt-Kaffeemaschinen an Arbeitsplätzen. Drei Viertel des Stromverbrauchs gehen alleine auf das Konto der Warmhaltung im Bereitschaftsmodus. Das kostet die Konsumenten rund 60 Millionen Franken pro Jahr. S.A.F.E.-Experte Jürg Nipkow sagt: «Der Stromverbrauch von Kaffeemaschinen kann in der Schweiz halbiert werden.» Ein positives Ergebnis der Untersuchung streicht der Experte hervor: Immerhin 47 Prozent der Kaffeemaschinen an Arbeitsplätzen werden abends abgeschaltet.

Watt. Verglichen mit Standard-Kaffeemaschinen ohne diese Stromsparfunktion sind die Verbrauchswerte der Topten-Geräte deshalb um Längen besser. Die besten Kaffeevollautomaten bringen es aktuell auf einen Verbrauch von gut 40 bis 45 kWh pro Jahr. Die besten Portionenmaschinen begnügen sich sogar mit 30 bis 35 kWh pro Jahr. Allerdings: Der Verbrauch kann manuell noch weiter reduziert werden, wenn die Kaffeemaschine mit einem Knopfdruck sofort in den Standby-Modus geschaltet werden kann. *Armin Braunwalder*

## LINKS

[www.topten.ch](http://www.topten.ch)  
[www.energieeffizienz.ch](http://www.energieeffizienz.ch)

## AKTUELL

## Viele Energie-Infos

Energiesparen ist Trumpf, weil es Portemonnaie und Umwelt schont. Die am Mittwoch erschiene neuste Ausgabe der «Extrablätter» von EnergieSchweiz ist denn auch ganz der Energieeffizienz gewidmet. Neben allerlei Erfolgsgeschichten gibt es darin viele aktuelle Tipps und Infos zur sparsamen und intelligenten Nutzung von Energie.

## LINK

[www.bfe.admin.ch](http://www.bfe.admin.ch)

## Erfolgsprojekt Lehrbetriebsvignette

Die beliebte Lehrbetriebsvignette kann neuerdings vom Portal der Berufsbildung in elektronischer Form heruntergeladen werden. Eingesetzt darf sie weiterhin nur von Lehrbetrieben, die über eine Ausbildungsbewilligung verfügen. In diesem Jahr wird die Vignette erstmals ohne Jahreszahl herausgegeben. Der Aufkleber wurde erstmals 1997 in der Westschweiz eingeführt. 2004 wurde das Projekt national lanciert. Die Vignette ist ein öffentlichkeitswirksames Dankeschön und eine Anerkennung für das Engagement im Dienst der Berufsbildung.

## LINK

[www.vignette.berufsbildung.ch](http://www.vignette.berufsbildung.ch)

## GRÜNER DAUMEN

## Kräuter vermehren

Der Herbst ist (neben dem Frühling) eine günstige Zeit zum Vermehren mehrjähriger Kräuter. Eine Möglichkeit ist das Teilen von Stauden wie Melisse, Oregano oder Schnittlauch. Dazu gräbt man die Pflanzen aus und spaltet den Wurzelballen in mehrere Stücke. Die Teilstücke werden anschliessend wieder eingepflanzt. Kräuter wie Pfefferminze und Estragon bilden Wurzelaufläuter. Bei ihnen lässt sich vorsichtig ein Stück Wurzel mit oberirdischen Trieben abtrennen und an anderer Stelle wieder einpflanzen. Diese Form der Vermehrung eignet sich für Liebstöckel, Meerrettich oder Sauerampfer.

**SUISSE CARAVAN SALON** – Bern lockt mit vielen Neuheiten.

# Campen kann auch edel sein

Vom 28. Oktober bis 1. November findet auf der Berner Allmend der Suisse Caravan Salon statt. Die Aussteller fahren über 1000 neue Wohnmobile und Wohnwagen am Salon auf.

Das Interesse an Camping und Caravaning nimmt stetig zu. «Die Statistik spricht eine klare Sprache», sagt Martin Maraggia, Präsident von caravanninguisse, dem Schweizer Carava-



Campen ist «in»: Der Suisse Caravan Salon wird auch in diesem Jahr viele Interessierte nach Bern locken.

ning-Fachhandelsverband. «Der Bestand an Wohnmobilen und Wohnwagen steigt von Jahr zu Jahr.» Der Trend zu Camping- und Caravaningferien werde weiter anhalten, denn die Campingplätze verzeichneten nicht nur gute Belegungen mit Wohnmobilen und Wohnwagen, sondern auch mit vielen neuen Zelt-Campers. «Ein Teil davon wird sich früher oder später mit dem Kauf eines Wohnwagens oder Wohnmobils beschäftigen», erwartet Maraggia. Diesen Optimismus teilen offenbar auch die Hersteller von Wohnmobilen und Wohnwagen. Der Suisse Caravan Salon 2010 ist seit längerer Zeit beinahe ausgebucht, wie Rolf Krähenbühl, Bereichsleiter Messen Industrie & Technik, bestätigt. «Für die fünf Tage dauernde Ausstellung erwarten wir über 1000 Wohnmobile und Wohnwagen auf dem Messegelände – alles neue Ausstellungsfahrzeuge», sagt Krähenbühl und stellt eine sehr grosse Vielfalt an Marken und Produkten

in Aussicht. Sie reicht vom handlichen Zeltklappanhänger über praktische Familienwohnwagen, von sportlichen oder saharatauglichen Wohnmobilen bis zum stattlichen Luxuswohnmobil. Dazu kommen Campingausrüstung und Campingzubehör, energiesparende Klimaanlage, Zusatzfederungen für mehr Fahrkomfort oder auch Satellitenanlagen mit Fernsehen und Internet. Führende Hersteller wie der Branchenprimus Hymer, die wieder genesene Knaus Tabbert GmbH oder die Marken Weinsberg und Bürstner sind in Bern mit an Bord. Den neuesten Modellen eigen sind ein Trend zu Multifunktionalität und Flexibilität, und auch «normale» Fahrzeuge locken mit einem Touch von Luxus. Dank immer leichterem Material ist heute auch in Wohnmobilen und Wohnwagen möglich, was früher edlen Yachten vorbehalten war. *pd*

## LINK

[www.suissecaravansalon.ch](http://www.suissecaravansalon.ch)

## Die Sache mit dem Laub

Laub im Garten dient im Winter oft als Kälteschutz, es kann aber auch junge Pflanzen im Wachstum behindern. Die Blätter sollte man deshalb zusammenkehren und an den richtigen Stellen verteilen. Nützlich ist Laub unter Gebüsch und Bäumen. Dort bietet eine Blätterdecke bis zu einer Höhe von 15 Zentimetern einen Kälteschutz, und sie verbessert den Boden, da das Laub zu Humus wird. Auch auf leeren Blumenrabatten, zwischen Stauden und im abgeernteten Gemüsegarten wirkt Laub schützend und trägt zur Humusversorgung bei. Hier sollte die Laubschicht aber dünner sein. Beim Rasen verzichtet man besser auf Laubbelag, da dieser darunter gelb wird. Grundsätzlich sollten aber niemals kranke, zum Beispiel von Pilzen befallene Blätter im Garten landen. Besonders aktu-



Von Miniermotten befallenes Kastanienlaub muss schleunigst entsorgt werden.

ell ist dies beim Kastanienlaub, das unbedingt frühzeitig entsorgt werden muss. Es ist häufig von den Miniermotten befallen, die dafür sorgen, dass die Blätter bereits im Sommer braun werden. Sie würden die Krankheiten im kommenden Jahr wieder ausbreiten.

ANZEIGE

**Die Befürworter eines EU-Beitritts wollen unter Inkaufnahme sämtlicher Nachteile für Unternehmen, Land und Leute den EU-Beitritt erzwingen.**

**Wir halten entschlossen dagegen!**

**Werden Sie Mitglied unserer**

**Unternehmer-**

**Vereinigung gegen den EU-Beitritt.**

(gegründet 1992)

Anmeldung oder weitere Information via E-Mail an [info@unternehmer-vereinigung.ch](mailto:info@unternehmer-vereinigung.ch) oder Telefon 044 862 30 80, Theobald O. Schmid, Präsident Unternehmervereinigung gegen den EU-Beitritt mit Angabe von Name, Vorname, Firma, Adresse, PLZ, Ort, Telefon, E-Mail-Adresse  
Siehe auch unsere Webseite: [www.unternehmer-vereinigung.ch](http://www.unternehmer-vereinigung.ch)

**KAFFEEGENUSS** – Immer nur «Kafi crème» und Milchkaffee, das war einmal. Heutzutage herrscht Vielfalt in Schweizer Kaffeetassen. Ausländische Kaffeekulturen haben nicht nur die Auswahl bereichert, sondern auch den Konsum verändert.

# Die Welt ist zu Gast in Schweizer Tassen

Die Schweiz ist ein Kaffeeland. Nicht weniger als 1237 Tassen tranken Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten durchschnittlich im Jahre 2008. Gemäss einer Statistik der International Coffee Organization ist das zwar deutlich weniger als in Finnland (1832) oder Norwegen (1339), aber deutlich mehr als in eigentlichen Kaffeeländern wie Italien (877) oder Österreich (953). Und auch die Amerikaner trinken bei wei-

tem nicht so viel Kaffee wie die Schweizer, nämlich nur etwa die Hälfte. «Kunststück, bei der Brühe», werden sich viele denken, aber dazu später...

## Schweiz als Kaffeehandels-Zentrum

Nicht nur beim Kaffeekonsum ist die Schweiz Spitze, sondern auch beim Kaffeehandel. Wie bei anderen Rohstoffen haben auch die Kaffeehändler

die Schweiz längst als idealen Standort entdeckt und sich hierzulande niedergelassen. Und so kommt es, dass heute rund drei Viertel des weltweiten Kaffeehandels über die Schweiz läuft.

## 4200 Nescafé – pro Sekunde

Und überhaupt, würden heute nicht an jeder Strassenecke «Café Roma», «Café Napoli», «Starbucks» oder «McCafé»-Schilder prangen, könnte man das Gefühl haben, die Schweizer hätten den Kaffee erfunden. Schliesslich schrieb der Schweizer Nahrungsmittel-Multi Nestlé in den 30er-Jahren des letzten Jahrhunderts Kaffee-Geschichte. Auf die Bitte der brasilianischen Regierung, nach einer Möglichkeit zu suchen, Kaffee nur durch die Zugabe von heissem Wasser herzustellen, forschten die Spezialisten sieben Jahre lang und «erfanden» den Nescafé. 1938 stand der wasserlösliche Kaffee erstmals in den Schweizer Verkaufsregalen und startete nach dem 2. Weltkrieg seinen unvergleichlichen Siegeszug um den Globus. Gemäss einer Schätzung von Nestlé werden heute weltweit rund 4200 Tassen Nescafé pro Sekunde getrunken.

## Erfolgsgeschichte Nespresso

Und seit gut zehn Jahren schreibt Nestlé mit portioniertem Kapsel-Kaffee erneut eine Erfolgsgeschichte: Mit Nespresso wurden im vergangenen Jahr 2,77 Mrd. Franken Umsatz erzielt. Und bereits 2010 will man die 3-Milliarden-Grenze knacken. Bei einer weltweiten Umsatzzunahme von jährlich 25 Prozent über das letzte Jahrzehnt hinweg wird Nespresso auch dieses Ziel erreichen.

## Ein langer Weg nach Europa

All der Erfolgsgeschichten zum Trotz ist der Kaffee natürlich kein schweizerisches Getränk. Es wird angenommen, dass die Region Kaffa im Südwesten Äthiopiens das Ursprungsgebiet des Kaffees ist. Dort wurde er bereits im 9. Jahrhundert erwähnt. Von Äthiopien gelangte der Kaffee

## LATTE MACCHIATO IM FOKUS

«Faszination Latte Macchiato» lautete das Motto des dritten Schweizer Tags des Kaffees in diesem Herbst. Im ganzen Land wurde die Kunst, diesen Kaffee zuzubereiten, zelebriert. Das Thema war gut gewählt, denn kaum ein Heissgetränk wird derzeit so häufig nachgefragt wie Latte Macchiato, was frei übersetzt «befleckte Milch» bedeutet. Dabei handelt es sich eigentlich um nichts anderes als aufgeschäumte Milch mit einem Espresso. Die Besonderheit liegt im Detail: ein gut gemachter Latte Macchiato ist aus mehreren Schichten aufgebaut, die nicht ineinander verlaufen. Auf die Idee des Latte Macchiato kamen die Italiener, damit Kinder wie Erwachsene Kaffee ohne zu viel Koffein trinken können. In Italien wird in der Regel in ein Glas



Zum Kultgetränk avanciert: Latte Macchiato.

Milch wenig Espresso gemischt. Mittlerweile hat sich der «Latte» bei Erwachsenen in Europa und Nordamerika zu einem eigentlichen Kultgetränk entwickelt. Dabei ist die Zubereitung so einfach geblieben wie die Idee der Italiener: Milch aufschäumen und in ein grosses Glas geben, dann vorsichtig frisch gebrühten Espresso eingiessen. Fertig. pg

vermutlich im 14. Jahrhundert durch Sklavenhändler nach Arabien. Im 15. Jahrhundert eroberte der Kaffee Persien sowie das Osmanische Reich, von wo er im 16. Jahrhundert nach Europa gelangte und dort seinen Siegeszug antrat. 1645 verfügte Venedig, 1650 Oxford und 1652 London über Kaffeehäuser. Das erste französische «Café» entstand 1659 in Marseille, Paris folgte 1672. Das erste Wiener Kaffeehaus eröffnete 1685.

## Migration fördert Kaffee-Entwicklung

In diesen Ländern entwickelten sich über die Jahrhunderte unzählige Zubereitungsarten. In der Schweiz wie in Zentraleuropa beherrschten bis in die 90er-Jahre des letzten Jahrhunderts Filterkaffee und Nescafé den Markt. Seither hat sich aber unheimlich viel getan. Dank verstärkter Migration, Fernreisen, technischen Neuentwicklungen und einem effektiv vermarkteten neuen Lifestyle ist Kaffee zu einem Modegetränk geworden. Heute dominieren vor allem Einflüsse aus Italien und den USA den hiesigen Kaffeekonsum. Zwar steht nach wie vor der «Café crème» an erster Stelle der Beliebtheitsskala, gefolgt vom Espresso und Variationen des einstigen Milchkaffees wie Schale, Cappuccino oder Latte macchiato. Aber die Auswahl ist mittlerweile grenzenlos, und verkauft wird nicht einfach Kaffee, sondern ein eigentlicher Lebensstil und eine neue Art, Kaffee zu konsumieren.

## Starbucks verändert die Kaffee-Welt

Den Espresso oder Cappuccino haben die Schweizer längst so natürlich in die Getränkeliste übernommen wie Pizza und Spaghetti in die Speisekarte. Die neue Art des Kaffeekonsums ist denn auch weniger den Italienern zuzuschreiben, sondern den Amerikanern – genauer gesagt: Starbucks. Die US-Kaffeehauskette hat die Kaffee-Weltkarte verändert und begrüsst

heute in über 16000 Filialen an bester Lage zwischen Aruba und Malaysia und zwischen Dänemark und Neuseeland täglich Millionen Kunden. In der Schweiz öffnete die erste Filiale 2001 in Zürich ihre Pforten, bis Winter 2008 kamen 44 Filialen dazu, weitere «Coffeehouses» werden folgen.

Inspirieren liess sich der heutige Starbucks-CEO Howard Schultz in den 80er-Jahren zwar ebenfalls in Italien. Er passte die italienische Tradition, Kultur und Leidenschaft zu ihrem Kaffee aber an den «American Way of Life» an, schuf eine Alternative zu der bis dahin üblichen dünnen Kaffeebrühe und hatte damit Erfolg. Natürlich spielte dabei die Qualität des Kaffees eine Rolle, vielmehr wurde aber auch ein neues Lebensgefühl verkauft. Auch hierzulande fand man Gefallen an der gemütlichen Atmosphäre an bester Lage, bequemen Sesseln, Zeitungen und später WiFi-Internet, angenehmen Gästen, die sich den vergleichsweise teuren Premium-Kaffee auch leisten konnten, einer riesigen Auswahl und dem Flair von Nachhaltigkeit und Fair Trade. Und wer dafür weder Zeit noch Lust hatte, schätzte es zumindest, dass man den Kaffee nun auch mitnehmen konnte. Kaffee-Puristen rümpften beim Starbucks-Markteintritt zwar die Nase. Dennoch hat sich das mittlerweile leicht modifizierte Konzept durchgesetzt und in anderen internationalen Ketten, städtischen Café-Platzhirschen oder auch nur in örtlichen Bäckereien, die mittlerweile zum Gipfel auch noch gleich den Kaffee «to go» anbieten, seine Nachahmer gefunden.

Patrick Gunti

## LINKS

[www.swisscafe.ch](http://www.swisscafe.ch)  
[www.cafetier.ch](http://www.cafetier.ch)  
[www.svk-asi.ch](http://www.svk-asi.ch)  
[www.procafe.ch](http://www.procafe.ch)  
[www.starbucks.ch](http://www.starbucks.ch)



Drei Viertel des Welthandels mit den kostbaren Kaffeebohnen laufen über die Schweiz.

FOTO: PIXELIO/THORSTEN REMPT

## VON WEGEN KALTER KAFFEE

Der Ausdruck «kalter Kaffee» gilt gemeinhin als Synonym für «schon bekannt», «nicht mehr neu» oder im übertragenen Sinne «langweilig». Dem deutschen Schauspieler Curd Jürgens gelang in den 70er-Jahren mit «Kalter Kaffee» der Sprung in die Hitparade. Und wir alle wissen, dass kalter Kaffee schön machen soll. Dies mag bei Kaffeepelings durchaus der Fall sein, auch präsentiert man sich seiner Umwelt nach der morgendlichen Tasse Kaffee doch meist anders als vorher. Im eigentlichen Sinne aber verhilft eine Tasse abgekühlter Kaffee – leider – nicht zu mehr Schönheit. Dies ist auch bei den Caffè-Latte-Produkten des Schweizer Milchverarbeiters Emmi oder vergleichbaren Getränken nicht der Fall. Dennoch boomt das Geschäft mit dem kalten Kaffee seit Jahren. Die Kaffeemixgetränke sind vor allem bei jungen Erwachsenen und Jugendlichen sehr beliebt und oftmals auch eine willkommene Abwechslung zu Energy Drinks oder Kaffee.

## Verkaufsschlager

2005 lanciert, ist Caffè Latte mittlerweile der eigentliche Verkaufsschlager von Emmi: Im vergangenen Jahr wurde der Absatz auf 73 Millionen verkaufte Becher gesteigert, 52 Prozent mehr als 2005 und rund 4 Millionen Becher mehr als 2008. Und dank nochmals gesteigerter Marketing-Aktivitäten und einer guten Wirtschaftlichkeit bezeichnet Emmi die Caffè-Latte-Entwicklung auch im 1. Halbjahr 2010 als «sehr erfreulich». Mittlerweile umfasst das Sortiment mit dem gekühlten Koffeingetränk sieben Varietäten. Mit dem neusten Produkt, dem Caffè Latte Zero ohne Zucker oder Süssungsmittel reagiert Emmi auch auf die zu Recht häufig geäusserte Kritik, die Produkte seien wahre Kalorienbomben. Aber auch bei Starbucks sind die coolen Kaffees längst zum Renner geworden. Iced Shaken Espresso und Iced Caffè Latte oder Mocha heissen hier die verschiedenen Rezepturen. Der Sommer-Verkaufshit lautet auf den Namen Frappuccino und ist ein Mixgetränk aus Kaffee und

Eis, meistens aromatisiert mit einem Sirup. Getoppt mit Schlagrahm auch nicht gerade etwas für Schlankheitsfanatiker, aber halt durchaus im Trend. pg



Neue Anzeigenkampagne für kalten Kaffee: Emmi setzte im vergangenen Jahr 73 Millionen Becher Caffè Latte ab.

FOTO: EMMI

ANZEIGE

## 6. Fachmesse für Nutzfahrzeuge Aufbauten und Zubehör

Sonderbereich:  
Truck-Show

## NUFA Schweiz Die Nutzfahrzeugmesse

4.–7.11.2010 · Messe Luzern

Do–Fr 10–18 · Sa–So 10–17 · [www.nufa-schweiz.ch](http://www.nufa-schweiz.ch)

## TRIBÜNE

# Restauration in der Hochschulpolitik

Die Reform der Fachhochschulen in den neunziger Jahren gilt als Erfolgsmodell in der schweizerischen Bildungslandschaft. Diese wurde möglich, weil der Bund mit dem Fachhochschulgesetz von 1995 eine Führungs- und Koordinationskompetenz erhalten hatte. Nun sollen mit dem neuen Hochschul-Förderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) diese Vorteile liquidiert und die Fachhochschulen zu kleinen Universitäten zweiter Klasse degradiert werden. Diese komplizierte, falsch konstruierte HFKG-Vorlage liegt derzeit zur Behandlung bei den eidgenössischen Räten.

Doch der Reihe nach. Die deutschschweizerischen Fachhochschulen der technisch-industriellen Studienrichtungen waren bislang zusammen mit den Höheren Fachschulen die wichtigsten Lieferanten von Kaderleuten in der gewerblich-industriellen Welt. Ihre Besonderheit besteht darin, dass sie im Vergleich zu den Universitäten «gleichwertig, aber andersartig» sind. «Andersartig» heisst, dass die Fachhochschulabsolventen in der Regel eine Berufslehre mit Berufsmaturität vor dem Studium absolvieren und dass das Studium praxis- und anwendungsorientiert gestaltet ist. Fachhochschulen ermöglichen auch den Berufslehre-Absolventen eine Weiterbildung und den sozialen Aufstieg. Den Uni- und ETH-Absolventen haben die Fachhochschulabgänger voraus, dass sie viel früher arbeitsmarktfähig sind und als mittlere Kader Berufsfachleute führen können.

Der Arbeitsmarkt begehrt heute Fachhochschulabsolventen mehr als Uni-Diplomierete. Die Absolventen-Nachbefragung zeigt: Ein Jahr nach dem Studienabschluss sind nur 50 Prozent der Uni-Absolventen in einer Daueranstellung, aber 80 Prozent der Fachhochschulabgänger. Und nur 16 Prozent Uni-Abgänger haben nach einem Jahr eine Führungsfunktion inne, aber 35 Prozent der FH-Absolventen.



**Rudolf Strahm,  
ehemaliger Preisüberwacher  
und alt Nationalrat,  
über das neue Hochschul-  
Förderungs- und  
Koordinationsgesetz als  
«monströse Fehlkonstruktion»**

Mit dem neuen Hochschul-Förderungs- und Koordinationsgesetz sollen nun alle Hochschulen – also Universitäten und Fachhochschulen – unter eine neue Führung gestellt werden. Als neues, einheitliches Führungsgremium für alle Hochschultypen soll ein 15-köpfiger Hochschulrat eingesetzt werden. Seine Zusammensetzung: ein Mitglied des Bundesrats als Präsident(in) und vierzehn Regierungsräte aus den Universitäts- und Hochschulkantonen.

Eine solche Führungsstruktur bedeutet nichts anderes als eine Kantonalisierung, eine Restauration in der Fachhochschulpolitik.

Das ist ein Rückschritt und wird die Qualität der Fachhochschulen und ihre Andersartigkeit direkt tangieren. Denn die kantonalen Bildungsdirektoren denken in erster Linie an ihre Universitäten und zweitens an ihre

Regionen. Wir haben in den neunziger Jahren bei der Fachhochschulreform mitverfolgt, wie jede Kantonsregierung vor allem ihre lokalen Schulen und Bildungsgärtlein verbissen verteidigt hat. Hätte der Bund nicht seine direkte Koordinationskompetenz bei der Bildung der sieben Fachhochschulregionen im Lande durchsetzen können, wäre die Reform nie möglich gewesen. Wir sehen die In-

kompetenz der Kantone zur Einigung auch bei der Schwerpunktbildung in der Spitzenmedizin oder in der Schulkoordination (Harmos).

Dieser neue Hochschulrat soll die Universitäten und Fachhochschulen planen und koordinieren, die Akkreditierung beider Schultypen und aller Studiengänge auf Antrag eines Akkreditierungsrates vornehmen, die projektgebundenen Bundesbeiträge verteilen – und zwar immer bloss für die Universitäten und Fachhochschulen. Für die ETH Zürich und Lausanne soll eine eigene separate Struktur erhalten bleiben. Diese haben mit erfolgreichem Lobbying erreicht, dass das ETH-Gesetz bleibt und dass sie sich nicht der Gleichmacherei der neuen, von den Kantonen beherrschten Hochschullandschaft unterwerfen müssen.

Diese Gleichmacherei wird bewirken, dass die Akkreditierung der Fachhochschulen jener der Universitäten unterstellt wird, dass die Fachhochschullehrer praktisch nur noch von der Uni und viel zu wenig von der Praxis kommen und von der Uni promoviert werden müssen. Die Universitäten möchten Fachhochschulen als Hochschulen zweiter Klasse und als Überlaufgefäss für die universitäre Massenproduktion. Die Universitäten ihrerseits sind mit der Bologna-Reform immer arbeitsmarktferner geworden.

Das HFKG-Gesetz wurde in der letzten Session im Ständerat durchberaten und kommt Anfang 2011 in die vorberatende Kommission des Nationalrats. Die Wirtschaftsverbände hatten verlangt, dass im Hochschulrat auch vier Vertreter der Organisationen der Arbeitswelt (Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände) vertreten sind, damit die Praxisnähe und Andersartigkeit der Fachhochschulwelt unter den 14 kantonalen Bildungsdirektoren eine Stimme erhält. Diese sinnvolle und logische Erweiterung des Hochschulrats wurde schon in der Vernehmlassung abgeschmettert.

Die Wirtschaftsverbände haben zu Recht auch gefordert, dass bei der Akkreditierung einer Hochschule geprüft werden kann, «ob die Institution ihren Auftrag erfüllt und die Beschäftigungsfähigkeit ihrer Absolventinnen und Absolventen evaluiert». Auch diese an sich selbstverständliche Anforderung wurde abgelehnt.

Das HFKG ist eine monströse Fehlkonstruktion aus der Küche des damaligen Staatssekretärs Kleiber, der auch die Bologna-Reform auf die bürokratischste aller denkbaren Formen gedrückt hatte, sowie des früheren Bildungsministers Pascal Couchepin, der für die Berufsbildung nie viel übrig hatte. Dieses Monstergesetz wird im Nationalrat massiv vereinfacht und umgebaut werden müssen – oder es wird wohl zu einem Referendumsfall werden.

Die Tribüne-Autoren geben ihre eigene Meinung wieder; diese muss sich nicht mit jener des sgv decken.



Fachhochschulabsolventen sind heute im Arbeitsmarkt begehrt als Uni-Diplomierete.

## ZAHLEN DER WOCHE

## Weiterhin tiefer Leerwohnungsbestand

Am 1. Juni 2010 wurden in der Schweiz 36 710 oder 0,94 Prozent aller Wohnungen als leerstehend gemeldet. Gegenüber dem Vorjahr standen somit 1950 Wohnungen mehr leer, was einem Anstieg um beinahe 6 Prozent entspricht. Im langjährigen Vergleich liegt die Leerwohnungsziffer immer noch auf einem tiefen Niveau.

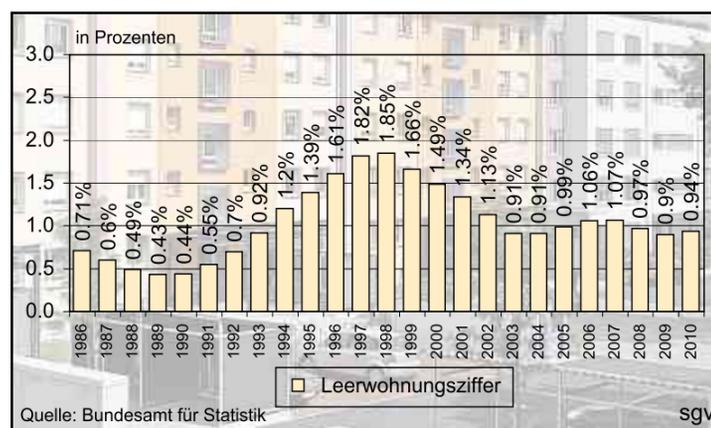
In achtzehn Kantonen erhöhten sich die Leerstände, in acht Kantonen nahmen sie ab. Die grösste Zunahme verzeichnete der Kanton Solothurn

(von 1,68 auf 1,98 Prozent), die grösste Abnahme war im Kanton Appenzell Innerrhoden zu beobachten (von 1,30 auf 1,08 Prozent). Die höchste kantonale Leerwohnungsziffer meldete der Kanton Jura mit 2,08 Prozent. Über weiterhin am wenigsten leerstehende Wohnungen im Verhältnis zum Wohnungsbestand verfügt der Kanton Genf mit 0,23 Prozent.

Nach Wohnungsgrössen betrachtet waren laut den Angaben des Bundesamts für Statistik einzig bei den Wohnungen mit sechs und mehr Zimmern ein Rückgang des Angebots zu beobachten (–3 Prozent). Am stärksten dehnte sich das Angebot gegenüber dem Vorjahr bei den 2-Zimmer-Wohnungen aus (+10 Prozent). Bei

knapp zwei Dritteln des Leerstands am Stichtag handelte es sich um 4-Zimmer-Wohnungen (11 380 Ein-

heiten; +6 Prozent) bzw. um 3-Zimmer-Wohnungen (10 830 Einheiten; +7 Prozent).



## ECHO DER WOCHE

## Bundesgericht unterstellt Chauffeure dem LMV

«Transporteure unter Druck», sgv vom 15. Oktober

Der besagte Artikel behauptet, der Schweizerische Baumeisterverband SBV wolle «alle Chauffeure, die als Lieferanten Transporte für Bauleistungen durchführen, per 1. Januar 2011 dem Gesamtarbeitsvertrag des Bauhauptgewerbes (LMV) unterstellen». Zudem erweckt der Text den Eindruck, es sei noch alles im Fluss.

Richtig ist: Das Bundesgericht verlangt mit Urteil vom 25. November 2009, dass alle Chauffeure, welche Transporte durchführen, die integrierender Bestandteil einer Bauleistung sind, dem entsprechenden LMV unterstellt sein müssen. Dieser Entscheid überrascht auch den SBV. Speziell überraschend ist dabei die Tatsache, dass es unerheblich ist, von wem die Chauffeure angestellt sind, ob in einer LMV-Firma, in einer ausgelagerten Abteilung einer LMV-Firma oder in einer nicht dem LMV unterstellten Transportfirma.

Weil der Entscheid des Bundesgerichts keinen Spielraum offen lässt in Bezug auf die Behandlung der Chauffeure und ihrer Anstellungsbedingungen, ist der SBV in Diskussion über die praktikable Umsetzung des Urteils. Er will damit eine Prozesslawine oder sogar rückwirkende Forderungen vermeiden.

Vom Bundesgerichtsurteil sind auch Chauffeure im Transportgewerbe betroffen, die Transporte als Bestandteil von Bauleistungen durchführen. Deshalb hat der SBV das Gespräch mit den entsprechenden Arbeitgeberverbänden gesucht und sie über die neue Lage und die Lösung im Bauhauptgewerbe orientiert. Es ist nun Sache dieser Verbände, die Lage aus ihrer Sicht zu analysieren und bei Bedarf geeignete Massnahmen zu treffen. Diese Verbände sind diesbezüglich vollständig autonom.

Martin Fehle, Vizedirektor Schweizerischer Baumeisterverband SBV

## Keine wichtigeren Probleme zu lösen?

«Knacknuss Sommerzeit», sgv vom 15. Oktober

Der politische Vorstoss von Nationalrätin Yvette Estermann und weiteren SVP-Parlamentariern zur Abschaffung der Sommerzeit löste bei mir Fragen aus. Natürlich ist der Vorstoss legitim. Ist jedoch das Anliegen wirklich ein Problem oder geht es rein um politische Wahrnehmung? Nach meiner Beurteilung hat unsere Gesellschaft die Sommerzeit-Umstellung im Griff. Die längeren, hellen Abendstunden dienen dem gesellschaftlichen Wohl und ebenso der Erholung und somit auch der Gesundheit unserer Mitarbeiter. Technische Probleme bei der Umstellung kenne ich auch keine, weder bei den KMU noch bei den öffentlichen Betrieben. Würde es sich zudem lohnen, uns Schweizer in der Zeitrechnung gegenüber dem angrenzenden Ausland zu isolieren? Im Umgang mit unseren Nachbarstaaten haben wir genügend andere Probleme, welche es zu lösen gilt!

Wichtiger wäre politische Arbeit zur Lösung der echten Probleme unserer Gesellschaft. Ich denke an das kostentreibende Gesundheitswesen oder an die nachhaltige Finanzierung unserer AHV. Gerade die letzte Nationalrats-Session hat gezeigt, dass die «Nein-Sager-Allianz» von SP und SVP bei der AHV-Gesetzesrevision dafür sorgte, dass nach jahrelanger Beratung kein Lösungsansatz gefunden wurde. Unserem Wählervolk wurde damit für mehrere Jahre das Mitspracherecht in dieser Frage verweigert. Wo bleibt die hochgepriesene Demokratie?

Peter Schilliger, Udligenswil, Zentralpräsident suissetec und Kantonsrat FDP Luzern

## Es geht nur noch ums Geld

«Abzockerei à la carte», sgv vom 8. Oktober

Bei der Billag-Diskussion sieht man einmal mehr: Den Damen und Herren in Bern geht es nur noch ums Geld. Die sorgen sich absolut nicht mehr ums Volk. Jetzt wollen diese Damen und Herren die Kleinbetriebe noch mit der Abzocke der Radio- und Fernsehgebühren belasten. Muss ich bald jedes Mal fragen, wenn ich ein Brot kaufen will?

Verena Casagrande, Kilchberg